

Eidgenössisches Justiz- und Polizei-
departement
Bundeshaus West
3003 Bern

Glarus, 20. April 2021
Unsere Ref: 2021-12

Vernehmlassung zu Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861, 2018/1862 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und teilen mit, dass die Verordnungsanpassungen von uns begrüsst werden.

Freundliche Grüsse


Dr. Andrea Bettiga
Regierungsrat

E-Mail an (PDF- und Word-Version):

- sandrine.favre@sem.admin.ch, helena.schaer@sem.admin.ch,
ariane.studer@fedpol.admin.ch, simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Staatssekretariat für Migration
Quellenweg 6
3003 Bern

17. März 2021

Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Januar 2021 wurden die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung des oben genannten Geschäfts eingeladen.

Wir bedanken uns für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

1. Verordnung über den nationalen Teil des Schengener Informationssystems (N-SIS) und das SIRENE-Büro (N-SIS-Verordnung)

1.1 Ausschreibung von schutzbedürftigen Personen

Wir begrüssen es, dass neu schutzbedürftige Personen präventiv im Schengener Informationssystem (SIS) ausgeschrieben werden können. Schutzbedürftige Personen sind Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die zu ihrem eigenen Schutz oder zum Zweck der Gefahrenabwehr von einer Auslandsreise abgehalten werden müssen. Es ist jedoch vorausgesetzt, dass ein entsprechender Entscheid der zuständigen Behörde vorliegt. Beispielsweise kann die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) oder ein Gericht vorsorglich die Ausschreibung verfügen, wenn die Gefahr besteht, dass ein Elternteil das eigene Kind gegen den Willen des andern Elternteils ins Ausland verbringen will. Weiter können erwachsene urteilsfähige Personen zu ihrem eigenen Schutz bei den kantonalen Polizeibehörden eine Ausschreibung beantragen (zum Beispiel kann dies ein potenzielles Opfer von Zwangsheirat präventiv beantragen, so dass die Grenzbehörden bei einer unfreiwilligen Ausreise einschreiten könnten). Bei Opfern von Menschenhandel, welche unter dem prägenden Einfluss der Täterschaft stehen, kann die Polizeibehörde auch ohne Antrag des Opfers die Ausschreibung selber veranlassen.

Mit dieser Revision kann weitergehend und vor allem auch präventiv auf das Schutzbedürfnis von betroffenen Opfern eingegangen werden. Das Opfer kann durch dieses Instrumentarium weiter geschützt werden, insbesondere dann, wenn ein Opfer trotz bestehenden Massnahmen (zum Beispiel Kontakt-/Rayonverbot, Wegweisung der Täterschaft, Unterbringung des Opfers an einem sicheren Ort) nicht genügend geschützt ist. Diese Massnahmen genügen erfahrungsgemäss nicht, wenn nach wie vor zu befürchten ist, dass die Täterschaft das Opfer trotz Massnahmen weiter in Gefahr (Entfüh-

rung, unfreiwillige Ausreise) bringen könnte, das heisst sich von den angeordneten Schutz-/Ersatzmassnahmen nicht beeindrucken lässt und weitergehende Schutzmassnahmen (zum Beispiel Haft) nicht möglich sind oder die zuständigen Behörden nach ihrem eigenen Ermessen nicht anordnen wollen.

Zusätzlich zur Ausschreibung von schutzbedürftigen Personen sollten aber auch die weiteren angeordneten oder bestehenden Massnahmen (Kontakt-/Rayonverbot, Wegweisung etc.) Gegenstand der Ausschreibung sein. Es wäre somit zweckmässig, dass polizeilich angeordnete Fernhaltungsmassnahmen entsprechend ausgeschrieben werden könnten.

Die Ausschreibung von schutzbedürftigen Personen, das heisst einerseits auf Antrag einer erwachsenen und urteilsfähigen schutzbedürftigen Person und andererseits bei Opfern von Menschenhandel, sollte von der Bedeutung her gleich wie der polizeiliche Gewahrsam angeordnet werden. In allen anderen Fällen (insbesondere bei Kindern) braucht es eine gerichtliche Anordnung, welche die Ausschreibung ausdrücklich vorsieht und der Innenfahndung zwecks Vornahme der Ausschreibung zuzustellen ist.

1.2 Weitere Bestimmungen

Neu können unter bestimmten Voraussetzungen zur Identifizierung von unbekannten gesuchten Personen daktyloskopische Daten und Spuren von tatverdächtigen Personen, deren Identität unbekannt ist, im SIS ausgeschrieben werden. Dies hat einen Einfluss auf die Personenkontrollen an der Front. Mit einem Fingerscan kann so der Zusammenhang zur SIS-Ausschreibung (UT Dakty) erstellt werden, was bislang nicht möglich war.

Bei Vermissten kann neu unter bestimmten Voraussetzungen ein DNA-Profil der Ausschreibung hinzugefügt werden. Zudem können im SIS zum Beispiel auch DNA-Profile, daktyloskopische Daten und Spuren, Lichtbilder und Gesichtsbilder erfasst werden.

Eine Ausschreibung zur Festnahme zum Zweck der Auslieferung kann neu unter gewissen Voraussetzungen für kurze Zeit 'verborgen' werden. Dies ist bei laufenden Polizeioperationen möglich. Die Beamten an der Front der beteiligten Staaten sehen dann die Ausschreibung nicht, sondern nur die SIRENE-Büros. Die Dauer ist auf 48 Stunden beschränkt, wobei diese Frist mit Einverständnis des Bundesamts für Justiz um jeweils 48 Stunden verlängert werden kann.

Alle diese Neuerungen werden explizit begrüsst, da sie der Aufklärung von terroristischen oder sonstigen schweren Straftaten dienen.

2. Verordnung über die Bearbeitung biometrischer erkennungsdienstlicher Daten

Mit dieser Verordnung soll der automatisierte Datenaustausch zwischen Automatisiertes Fingerabdruckidentifizierungssystem (AFIS) und SIS zu einem rascheren, lückenloseren und fehlerfreieren Ablauf der Anfragen führen. Zudem können Daten einfacher und schneller unter den Ländern ausgetauscht werden, was ein Vorteil für die Gefahrenabwehr sowie Strafverfolgung ist.

Auch diese Massnahmen werden vollumfänglich unterstützt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Stephan Attiger
Landammann

Urs Meier
Staatsschreiber i.V.

Selbes Schreiben geht an

- Bundesamt für Polizei, Guisanplatz 1A, 3003 Bern

Kopie

- sandrine.favre@sem.admin.ch
- helena.schaer@sem.admin.ch

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Bern

sandrine.favre@sem.admin.ch
helena.schaer@sem.admin.ch
ariane.studer@fedpol.admin.ch
simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

Liestal, 23. März 2021

Vernehmlassung

**betreffend Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU)
Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-
Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und äussern uns in erwähnter Angelegenheit wie folgt:

1. *Bemerkungen zum Revisionsentwurf der Verordnung über den nationalen Teil des Schengener Informationssystems [N-SIS] und das SIRENE-Büro (N-SIS-Verordnung)*

Artikel 7 (Zugriffsberechtigte Behörden), Absatz 1 Buchstabe e: Auch die Zugriffsberechtigungen in der Eidgenössischen Zollverwaltung sollten an deren geänderte Strukturen angepasst oder mit den entsprechenden Aufgaben umschrieben werden. So existiert etwa das in Ziffer 1 noch erwähnte Grenzwachtkorps unter diesem Begriff nicht mehr.

**Anhang 3 'Zugriffs- und Bearbeitungsrechte betreffend die in SIS gespeicherten Daten':
Ziffer 1 Buchstabe e:** Es ist nicht nachvollziehbar, warum die kantonalen Strafverfolgungsbehörden keine Ausschreibungen betreffend verdeckte Registrierung, gezielte Kontrolle sowie Ermittlungsanfragen sollen bearbeiten dürfen. Nach der entworfenen Regelung dürften sie lediglich Abfragen vornehmen. Allerdings müssen Kantone mit einer entsprechenden Rechtsgrundlage in ihrer Gesetzgebung auch selber ausschreiben können, wie es in fast allen anderen Fällen der Personenfahndung in der Zuständigkeit der Strafverfolgungsbehörden auch vorgesehen ist (Ausnahme Auslieferung). Daher sollte «A» für Abfragen in «B» für Bearbeiten geändert werden.

2. *Bemerkungen zum Revisionsentwurf der Verordnung über das automatisierte Polizeifahndungssystem (RIPOL-Verordnung)*

Artikel 4 (Zur Meldung und Eingabe berechnigte Behörden) Absatz 1 Buchstabe d, wo noch die frühere «Oberzolldirektion» erwähnt ist, sollte an die geänderte Struktur der Eidgenössischen Zollverwaltung angepasst werden.

Anhang 1 (Berechtigung zur Bearbeitung oder Ansicht von im RIPOL gespeicherten Daten): Zur Vereinheitlichung mit dem Wortlaut der N-SIS-Verordnung sowie der ZEMIS-Verordnung schlagen wir vor, auch in diesem Anhang – wie bereits dessen Titel nahelegt – die Abkürzung «B» für Bearbeiten (statt «M» für Mutation) zu verwenden.

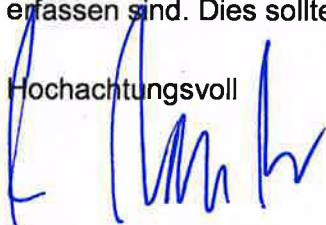
Ziffer 1 (Personen-Datenbank) Buchstabe a, Zeile 14, 'Ausweis, -nummer, Ausstellungsland, Herkunft': Die Kantonspolizeien sollen nach dieser Liste lediglich die Berechnigung «A» (Ansicht) haben, während den Gemeinde-, Stadt- und Regionalpolizeien ein Mutationsrecht «M» zukommen soll. Hier dürfte es sich wohl um ein Versehen handeln. Denn die Kantonspolizeien müssen zu Ausschreibungen auch Ausweisdaten erfassen können.

3. *Bemerkungen zum erläuternden Bericht*

Ausschreibung im System auf Veranlassung/Antrag einer erwachsenen Person für sich selbst¹ (Seite 29): Obwohl an sich selbstverständlich, schlagen wir vor zu ergänzen, dass die antragsstellende Person den freiwilligen Antrag jederzeit zurückziehen kann. Nach dem Widerruf der Einwilligung ist die Aufrechterhaltung der Ausschreibung nicht mehr zulässig.

Auswirkungen auf die Kantone (Seite 52, Ziffer 4): Die entworfenen Verordnungsanpassungen sollen sich weder finanziell noch personell auf die Kantone auswirken. Allerdings müssen die kantonalen Migrationsbehörden gemäss dem Bericht die für eine SIS-Ausschreibung erforderlichen Daten bereitstellen, wobei auch die jeweiligen PCN- und AFIS-Daten sowie weitere Angaben zu erfassen sind. Dies sollte im Bericht nicht unerwähnt bleiben.

Hochachtungsvoll



Dr. Anton Lauber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin

¹ Artikel 28 N-SIS-Verordnung



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Envoi par courrier électronique (word et pdf)

sandrine.favre@sem.admin.ch

helena.schaer@sem.admin.ch

ariane.studer@fedpol.admin.ch

simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

Département fédéral de justice et police DFJP
Palais fédéral
3003 Berne

Consultation relative aux modifications d'ordonnances en vue de la mise en œuvre des règlements SIS (UE) 2018/1860, 2018/1861 et 2018/1862 (développements de l'acquis de Schengen) et d'une modification de la LDEA

Madame la conseillère fédérale,

Le Conseil d'État de la République et Canton de Neuchâtel vous remercie de lui avoir fourni la possibilité de participer à la consultation fédérale citée en rubrique.

Les modifications d'ordonnances mises en consultation sont nécessaires à la mise en œuvre des règlements de l'UE relatifs au Système d'information Schengen (SIS) 2018/1860, 2018/1861 et 2018/1862 (développements de l'acquis de Schengen) et d'une modification de la loi fédérale sur le système d'information commun aux domaines des étrangers et de l'asile (LDEA) permettant l'enregistrement des expulsions pénales dans le SYMIC et pour s'assurer de disposer de statistiques complètes sur le retour de tous les personnes étrangères.

Comme nous l'avons précisé dans notre réponse à la consultation de mai 2019, nous sommes favorable à la reprise et la mise en œuvre des réformes relatives au SIS et à la modification de la loi fédérale sur le système d'information commun aux domaines des étrangers et de l'asile (LDEA) et, maintenant, aux modifications des ordonnances mises en consultation.

Ces modifications permettront aux polices cantonales et aux autorités de migration de disposer en permanence d'informations pertinentes et de faire un usage plus efficace et ciblé des informations à leur disposition.

Les bénéfices attendus peuvent être certes considérables, mais nous constatons toutefois que les modifications envisagées vont entraîner un surcroît de travail qui va nécessiter une augmentation du personnel nécessaire et des charges pour les cantons. Il est en effet mentionné dans le rapport que la charge de travail des autorités cantonales, notamment eu

égard aux nouvelles saisies de données liées au retour des ressortissant-e-s d'États tiers, peut être restreinte que dans une certaine mesure. Au niveau des conséquences en terme de personnel et de finances, le rapport explicatif ne fournit pas plus de détails. Les tâches des cantons impliqueront très certainement un besoin supplémentaire en ressources, qui ne peut être chiffré aujourd'hui. Nous regrettons de ne pas avoir été entendu lors de la consultation de 2019 et que les conséquences, en terme de personnel et de finances, ne soient pas développées dans le rapport explicatif actuel. Nous souhaitons dès lors que ces lacunes d'information soient comblées rapidement afin que nous puissions en tenir compte.

En vous remerciant de nous avoir consulté, nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 24 mars 2021

Au nom du Conseil d'État :

La présidente,
M. MAIRE-HEFTI

La chancelière,
S. DESPLAND



M. Maire-Hefti

S. Despland

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Staatssekretariat für Migration SEM
Stabsbereich Recht
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

30. März 2021

Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Januar 2021 haben Sie uns eingeladen, zu den Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Im vorliegenden Geschäft werden einige Konkretisierungen auf Verordnungsstufe resultierend aus dem Reformpaket zum Elektronischen Personen- und Sachfahndungssystem der Schengen-Staaten (SIS), nämlich die Umsetzung der drei neuen SIS-II-Verordnungen („SIS-Grenze“, „SIS-Polizei“ und „SIS-Rückkehr“), und die Umsetzung der neuen Rückkehrstatistik inklusive Landesverweisungen in der Schweiz vorgeschlagen.

Grundsätzliches

Der Kanton Solothurn begrüsst - wie in der Vernehmlassung vom 21. Mai 2019 zu den formell-gesetzlichen Grundlagen detailliert beschrieben - die Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes. Auch die vorgeschlagenen Verordnungsanpassungen werden grösstenteils vollumfänglich befürwortet. Entsprechend wird nachfolgend nur auf einzelne Artikel eingegangen.

Obschon im erläuternden Bericht zu Recht erwähnt wird, dass die Auswirkungen der SIS-Weiterentwicklung bereits in der Botschaft zu den früheren Vernehmlassungen abgehandelt worden seien, gilt es seitens der Kantone klar festzuhalten, dass die Bedenken hinsichtlich des Mehraufwandes bei der umfangreichen Datenerfassung nicht merklich eliminiert bzw. verringert worden sind. Deshalb werden entgegen den Aussagen im erläuternden Bericht die vorliegenden Verordnungsanpassungen sehr wohl zu einem nicht zu unterschätzenden Mehraufwand bezüglich personeller Ressourcen führen. Diese fallen namentlich bei den Migrationsbehörden an. Um den gesteigerten Herausforderungen im Migrationsbereich gerecht zu werden und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter zu verbessern, ist dies jedoch opportun, zumal es die Zusammenarbeit zwischen den Migrations-, Polizei-, Zoll- und Justizbehörden in den Schengen-Staaten verbessern wird und so einen Mehrwert bzgl. Sicherheit schafft. Dies erscheint

sinnvoll, auch vor dem Hintergrund, die Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstand und die bewährte Teilnahme der Schweiz an Schengen und Dublin zu bewahren.

Verordnung über den nationalen Teil des Schengener Informationssystems (N-SIS) und das SIRENE-Büro. (N-SIS-Verordnung; SR 362.0)

Art. 14a, Art. 14b, Art. 28, Art. 31 Abs. 3 und Art. 33

Die geplanten Änderungen werden explizit als besonders sinnvoll erachtet. Ermöglicht wird, gewisse Personenausschreibungen neu mit einer Sache zu ergänzen. Vor allem bei der Suche nach Vermissten, nach mutmasslichen Tätern sowie nach Personen, die im Hinblick auf ihre Teilnahme an einem Strafverfahren gesucht werden, kann sich dieser Ansatz als erfolgsversprechend erweisen. Ebenso eröffnen sich mit der Möglichkeit, Sach- und Personenausschreibungen bei einer verdeckten Registrierung, einer Ermittlungsanfrage oder einer gezielten Kontrolle zu verknüpfen, zielführende Ansätze.

Auch die präventive Ausschreibung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die zu ihrem Schutz oder zum Zweck der Gefahrenabwehr von einer Auslandsreise abgehalten werden müssen, ist zu begrüssen (Art. 28 N-SIS). Zur Verhinderung von Kindsentführungen durch einen Elternteil oder ein Familienmitglied, von Menschenhandel, Zwangsheirat, Verstümmelung weiblicher Genitalien oder Zwang zur aktiven Teilnahme an Feindseligkeiten erachten wir das Instrument als zielführend. Auch kommt die Schweiz damit ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nach.

Das neu geschaffene Instrument der Ermittlungsanfrage (Art. 33 N-SIS) ist ebenfalls zu begrüssen. Das Eingeben spezifischer Fragen der ausschreibenden Behörde in das SIS erleichtert den vollziehenden Behörden die Durchführung sachdienlicher Befragungen, weshalb mit einer Qualitätssteigerung gerechnet werden darf.

Art. 19b Abs. 5

Im erläuternden Bericht wird erwähnt, dass dem SIRENE-Büro von fedpol der Zugriff auf die Applikation eMAP des ZEMIS gewährt werde, um die dort gespeicherten Dokumente einzusehen und diese zum Zwecke des Austausches von Zusatzinformationen im Falle einer Anfrage weiterzuleiten. In Hinblick auf die Regelung, wonach die Unterlagen spätestens innert zwölf Stunden nach Eingang der Anfrage einem anderen Schengen-Staat zur Verfügung gestellt werden müssen, erscheint es als unabdingbar, dass auch die kantonalen Migrationsbehörden als mögliche ausschreibende Behörden den Zugang zum eMAP (einsehen und Dokumente hochladen) erhalten, um die bereits vorhandenen Daten einzusehen und ggf. zu erweitern.

Art. 19c Abs. 1

Im erläuternden Bericht wird festgehalten, dass im Trefferfall bei der Ausreise an der Grenze die Ausschreibung zur Rückkehr gelöscht werde. Falls eine schweizerische Behörde die Ausschreibung vorgenommen hat, erfolgt die Löschung durch die Grenzkontrollbehörde. Wir vermissen hier die Regelung, dass im beschriebenen Fall zwingend auch die ausschreibende kantonale Behörde über die Löschung informiert werden muss. Nur durch einen kohärenten Informationsfluss können die Dossiers auch auf kantonomer Ebene mit entsprechender Datenqualität bewirtschaftet werden.

Art. 19d Abs. 2

(vgl. Anmerkung zu Art. 19b Abs. 5)

Art. 43 Abs. 2

Um zwischen Bund und Kanton kompetenzmässig kongruent zu bleiben, erachten wir es als sinnvoll, wenn das Staatssekretariat für Migration (SEM) im Falle einer Ausreisebestätigung eines anderen Schengen-Staates die Löschung im ZEMIS vornimmt. In jedem Fall, d.h. unabhängig davon, ob die Löschung von der Grenzkontrollbehörde oder vom SEM durchgeführt wird, sind zwingend die ausschreibenden kantonalen Behörden über die Vorgänge zu informieren (vgl. auch Anmerkung zu Art. 19c Abs. 1).

Art. 43 Abs. 3 lit. a

Es wird bedauert, dass Personenausschreibungen zur Rückkehr oder zur Verweigerung der Einreise und des Aufenthalts bereits nach drei Jahren automatisch gelöscht werden. Diese Frist sollte verlängert werden, zumal so auch die Zeitdauer bis zu einer Überprüfung der Verlängerung hinausgezögert und dadurch allenfalls Aufwand vermindert werden könnte.

Verordnung über das automatisierte Polizeifahndungssystem, (RIPOL-Verordnung; SR 361.0)

Art. 4 Abs. 2 lit. d

Damit wird einer vom Kanton Solothurn langjährigen Forderung nachgekommen. Diese Änderung erhöht die Datenqualität durch den Wegfall von Medienbrüchen und verdient deshalb besondere Zustimmung.

Art. 8 Abs. 1 lit. a, f, l und Abs. 2 lit. h

Die neuen Eingabewerte im SIS (Warnungen und Hinweise) werden explizit begrüsst.

Verordnung über das Zentrale Migrationsinformationssystem, (ZEMIS-Verordnung; SR 142.513)

Art. 5 Abs. 1 lit. o

Wie bereits mehrfach anlässlich unterschiedlicher Vernehmlassungsmöglichkeiten betont, darf mit dem sog. „Rückkehrentscheid“ keinesfalls die reine Vollzugshandlung gemeint sein (wiewohl im erläuternden Bericht in diese Richtung Ausführungen gemacht werden, vgl. 3. Abschnitt zu dieser Bestimmung, S. 45). Wenn damit hingegen der reine Wegweisungs- bzw. Landesverweisungsentscheid gemeint sein soll, fragt sich, weshalb deren Eintragung nicht vom Eintritt der Rechtskraft abhängig gemacht wird. Ohne diese macht eine Eintragung wenig Sinn bzw. widerspräche sogar allenfalls der Unschuldsvermutung. Nicht nachvollziehbar - erst recht nicht, wenn die Eintragung erst nach Rechtskraft erfolgt - ist sodann der Passus von lit. o „sowie deren Änderung, Sistierung oder Aufhebung“.

Die Einführung von lit. o zeigt sodann auch den eingangs erwähnten Mehraufwand in aller Deutlichkeit auf.

Anhang 1

Es erschliesst sich nicht, warum zwar das SIRENE-Büro des fedpols Zugriff auf die e-Dossiers erhält, jedoch den kantonalen Migrationsbehörden diese langjährige Forderung (einsehen und Dokumente hochladen) nicht zugestanden wird, zumal im Falle einer Anfrage um Zusatzinformationen eine Rückfrage bei den Migrationsbehörden nötig wird (vgl. Anmerkung zu Art. 19b Abs. 5).

Verordnung über die Bearbeitung biometrischer erkennungsdienstlicher Daten, (SR 361.3)

Art. 3a

Aus Sicht des Kantons Solothurn stellt sich die Frage, ob aus Effizienzgründen nicht direkt dem SEM ermöglicht werden sollte, die Identifikationsnummer (PCN) der AFIS-Daten im ZEMIS selber zu erfassen, um sogleich die Lieferung der Daten an das N-SIS vornehmen zu können.

Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit, (VZAE, SR 142.201)

Zur VZAE haben wir keine Bemerkungen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen bei der Weiterbehandlung des Geschäfts.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Susanne Schaffner
Frau Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

Per E-Mail an:
sandrine.favre@sem.admin.ch
helena.schaer@sem.admin.ch
ariane.studer@fedpol.admin.ch
simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

Basel, 30. März 2021

Regierungsratsbeschluss vom 30. März 2021

Vernehmlassung zur den Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme der SIS-Verordnungen (EU) 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) und der Anpassung des BGIAA zur Erstellung einer umfassenden Statistik im Rückkehrbereich;

Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Januar 2021 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum im Betreff erwähnten Geschäft zukommen lassen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt die Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme der SIS-Verordnungen (EU) 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) und die Anpassung des BGIAA zur Erstellung einer umfassenden Statistik im Rückkehrbereich ausdrücklich begrüsst.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Beat Jans
Präsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

EJPD
Staatssekretariat für Migration
3003 Bern

Per E-Mail:

helena.schaer@sem.admin.ch
ariane.studer@fedpol.admin.ch
simone.rusterholz@fedpol.admin.ch
sandrine.favre@sem.admin.ch

Ihr Zeichen:

31. März 2021

Unser Zeichen: 2021.SIDGS.66

RRB Nr.:

399 - / 2021

Direktion:

Sicherheitsdirektion

Klassifizierung:

nicht klassifiziert

**Vernehmlassung des Bundes: Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA;
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Der Regierungsrat des Kantons Bern hat keine Bemerkungen zu dem im Titel genannten Geschäft.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Pierre Alain Schnegg
Regierungspräsident

Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
- Datenschutzstelle Kt. BE
- Justizleitung

Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
justiz@lu.ch
www.lu.ch

Bundesamt für Polizei
Staatssekretariat für Migration

per E-Mail
ariane.studer@fedpol.admin.ch
simone.rusterholz@fedpol.admin.ch
sandrine.favre@sem.admin.ch
helena.schaer@sem.admin.ch

Luzern, 30. März 2021

Protokoll-Nr.: 420

**Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU)
Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen
Schengen-Besitzstand) sowie zur Änderung des BGIAA**

Sehr geehrte Damen

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates danken wir Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass wir mit den vorgelegten Verordnungs- und Gesetzesanpassungen einverstanden sind. Das SIS ist auch für den Kanton Luzern ein unverzichtbares Fahndungsinstrument. Die Erweiterung der Fahndungsmöglichkeiten erachten wir als massvoll und sinnvoll.

Freundliche Grüsse

Paul Winiker
Regierungsrat



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Zug, 30. März 2021 sa

**Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) 2018/1860,
2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) sowie zur Än-
derung des BGIAA
Stellungnahme des Kantons Zug**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Januar 2021 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, sich bis am 20. April 2021 zu den Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA vernehmen zu lassen. Wir nehmen diese Gelegenheit zur Stellungnahme gerne wahr.

Wir begrüssen die vorgeschlagenen Verordnungsanpassungen sowie die Änderung des BGIAA und insbesondere, dass die technischen Voraussetzungen für eine umfassende Rückkehrstatistik von ausländischen Personen geschaffen werden. Im Übrigen verzichten wir auf Anträge, erlauben uns jedoch den Hinweis, dass davon auszugehen ist, dass die neuen Abläufe für die Migrationsbehörden einen Mehraufwand generieren werden. Dieser dürfte sich im Kanton Zug als Binnenkanton und aufgrund der eher geringen Fallzahlen jedoch in Grenzen halten.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anträge.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug

Martin Pfister
Landammann

Tobias Moser
Landschreiber

Versand per E-Mail an:

- EJPD (sandrine.favre@sem.admin.ch, helena.schaer@sem.admin.ch, ariane.studer@fedpol.admin.ch, simone.rusterholz@fedpol.admin.ch; je als PDF- und Word-Version)
- Sicherheitsdirektion (info.sd@zg.ch)
- Amt für Migration (AFMKader@zg.local)
- Zuger Polizei (kommandooffice.polizei@zg.ch)
- Strassenverkehrsamt (info.stva@zg.ch)
- Direktion des Innern (info.dis@zg.ch)
- Obergericht des Kantons Zug (felix.ulrich@zg.ch)
- Datenschutzbeauftragte (yvonne.joehri@zg.ch)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Staatskanzlei (zur Aufschaltung der Vernehmlassung im Internet)



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 30. März 2021

Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes) sowie zur Änderung des BGIAA. Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 13. Januar 2021 eröffnete das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) unter anderem bei den Kantonen das Vernehmlassungsverfahren zur Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes) sowie zur Änderung des BGIAA.

1 Stellungnahme

1.1 Allgemeines

Der Kanton Nidwalden begrüsst die Weiterentwicklung des Schengener Informationssystems (SIS). Dieses elektronische Personen- und Sachfahndungssystem soll mit den durch die EU verabschiedeten SIS-Verordnungen Nr. 2018/1860 ("SIS Rückkehr"), 2018/1861 ("SIS Grenze") und 2018/1862 ("SIS Polizei") verbessert werden. Soweit es um die Übernahme der europäischen Richtlinien geht, besteht kein Handlungsspielraum, weshalb keine Änderungen oder Ergänzungen angebracht werden.

Im Hinblick auf die Umsetzung der Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes bis Ende 2021 sind jedoch zusätzlich einige Punkte auf nationaler Ebene auf Verordnungsstufe zu konkretisieren. Betroffen sind die Verordnung über den nationalen Teil des Schengener Informationssystems (N-SIS) und das SIRENE-Büro (N-SIS-Verordnung, SR 362.0), die Verordnung über das automatisierte Polizeifahndungssystem (RIPOL-Verordnung, SR 361.0), die Verordnung über das Zentrale Migrationsinformationssystem (ZEMIS-Verordnung, SR 142.513), die Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE, SR 142.201) und die Verordnung über die Bearbeitung biometrischer erkennungsdienstlicher Daten (SR 361.3). Betreffend die nationale Umsetzung kann angemerkt werden, dass bei jenen Bestimmungen, bei welchen Spielraum besteht, diese im vorgeschlagenen Sinne grundlegend unterstützt wird. Wir erlauben uns aber nachfolgend noch vereinzelte Bemerkungen anzubringen.

1.2 Zu den einzelnen Bestimmungen

1.2.1 Vorbemerkung

Zu den folgenden Verordnungsänderungen haben wir keine Ergänzungen oder Bemerkungen anzubringen:

- Verordnung über die Bearbeitung biometrischer erkennungsdienstlicher Daten;
- Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE).

1.2.2 Zur N-SIS Verordnung

Art. 7 Art. 1 Bst. e Zugriffsberechtigte Behörden (bestehende Verordnung)

Eidgenössische Zollverwaltung (EZV): Der Text sollte an die geänderten Strukturen der EZV angepasst oder mit den Aufgaben umschrieben werden. Das Grenzwachtkorps (Ziff. 1) z.B. existiert unter diesem Begriff nicht mehr.

Anhang 1a Straftaten nach schweizerischem Recht, die denjenigen der Richtlinie (EU) 2017/54142 entsprechen oder gleichwertig sind (terroristische Straftaten)

zu Art. 2 Bst. o:

Es stellt sich die Frage, ob die als Vergehen im Sinne von Art. 10 Abs. 3 StGB qualifizierten Tatbestände von Art. 258 StGB (Schreckung der Bevölkerung), Art. 260 StGB (Landfriedensbruch) sowie Art. 279 Abs. 1 und Abs. 2 StGB (öffentliche Aufforderung zu Verbrechen oder zur Gewalttätigkeit) – mit Ausnahme von Art. 249 Abs. 1bis StGB – wirklich als im Schweizer Recht den terroristischen Straftaten gleichwertig bezeichnet werden sollen.

Aus unserer Sicht entsteht ein nicht nachvollziehbares Ungleichgewicht bei der strafrechtlichen Qualifizierung und der Bezeichnung dieser Straftaten als "terroristisch", insbesondere dann, wenn man die angedrohte Höchststrafe bei diesen Delikten beachtet. Diese werden aufgrund ihrer Ausgestaltung als Vergehen lediglich mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft. Die anderen im Anhang 1a (zu Art. 2 Bst. o) aufgeführten Straftatbestände sind jeweils als Verbrechen im Sinne von Art. 10 Abs. 2 StGB qualifiziert, was aus unserer Sicht eher einer Äquivalenz zur Thematik "Terrorismus" entspricht.

Anhang 3 Zugriffs- und Bearbeitungsrechte betreffend die im SIS gespeicherten Daten

Ziff. 1 Bst. e:

Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die kantonalen Strafverfolgungsbehörden keine Ausschreibungen betreffend verdeckte Registrierung, gezielte Kontrolle und Ermittlungsanfragen bearbeiten dürfen. Nach der vorgelegten Regelung dürften sie lediglich abfragen. Kantone, die dazu eine rechtliche Grundlage in ihren Gesetzen haben, müssen auch selber zur Fahndung ausschreiben können, wie es in fast allen anderen Fällen der Personenfahndung in der Zuständigkeit der Strafverfolgungsbehörden auch vorgesehen ist (Ausnahme: Auslieferungen). Dieser Punkt ist von "A" für Abfragen auf "B" für Bearbeiten zu ändern.

1.2.3 Zur RIPOL Verordnung:

Art. 4 Abs. 1 Bst. d zur Meldung und Eingabe berechtigte Behörden

Die Behörde «Oberzolldirektion» besteht unseres Erachtens nicht mehr. Diese Bestimmung sollte der geänderten Struktur der Eidgenössischen Zollverwaltung angepasst werden.

Anhang 1 Berechtigung zur Bearbeitung oder Ansicht von RIPOL-Daten

Im Unterschied zur N-SIS Verordnung werden hier die Abkürzungen "A" für Ansicht und "M" für Mutation verwendet. Dabei geht es um dieselben Rechte, was auch im Titel des Anhangs zum Ausdruck kommt: "Bearbeitung" oder "Ansicht". Allenfalls wäre hier eine Angleichung an die Termini N-SIS- und der ZEMIS-Verordnung ("A" für Ansicht und "B" für Bearbeiten) sinnvoll.

Tabelle 1. Personen Datenbank, Zeile 14 "Ausweis, -nummer, Ausstellungsland, Herkunft":

Die Kantonspolizei hat nach dieser Liste lediglich die Berechtigung "A", Ansicht, wogegen die Gemeinde-, Stadt- und Regionalpolizeien (GSR) Mutationsrechte "M" haben. Dabei dürfte es sich wohl um ein Versehen handeln. Die Kantonspolizei müsste zu Ausschreibungen sicher auch Ausweisdaten erfassen können.

2 Fazit

Der Regierungsrat Nidwalden bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme. Er unterstützt die vorgesehenen Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes) sowie zur Änderung des BGIAA und bittet um Berücksichtigung der oben erwähnten Ergänzungen und Änderungen.

Freundliche Grüsse

NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Dr. Othmar Filliger
Landammann




lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:

- sandrine.favre@sem.admin.ch
- helena.schaer@sem.admin.ch
- ariane.studer@fedpol.admin.ch
- simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Eidg. Justiz- und
Polizei-departement

06. April 2021

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Cheffe du Département fédéral de justice
et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Réf. : 21_GOV_91

Lausanne, le 31 mars 2021

Consultation fédérale (CE) Modifications d'ordonnances en vue de la mise en œuvre des règlements SIS (UE) 2018/1860, 2018/1861 et 2018/1862 (développements de l'acquis de Schengen) et d'une modification de la LDEA

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat vous remercie de l'avoir associé à la consultation citée en titre, à laquelle il répond par la présente.

En avril 2019, dans le cadre du projet "Reprise et mise en œuvre des réformes relatives au système d'information Schengen (SIS) «Développements de l'acquis de Schengen» et inscription des expulsions pénales dans le SYMIC et établissement d'une statistique étendue dans le domaine du retour", le Canton de Vaud avait fait part d'un certain nombre de remarques quant à l'augmentation des tâches induite par la reprise du SIS (Système d'information Schengen). Le rapport relatif à la nouvelle consultation fédérale citée en titre relève au chiffre 4 que les modifications envisagées des ordonnances n'induisent pas de conséquences supplémentaires pour les finances et le personnel des cantons par rapport, suppose-t-on, à celles mises en évidence dans le rapport de synthèse de décembre 2020 figurant en annexe. Néanmoins, la charge de travail induite par la reprise et la mise en œuvre du SIS qui a été évoquée dans le cadre de cette consultation antérieure est maintenue, à tout le moins en partie selon l'appréciation que nous en faisons et nous le regrettons.

En espérant que ce courrier retienne votre attention, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

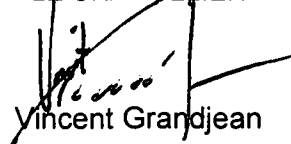
AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Nuria Gorrite

LE CHANCELIER



Vincent Grandjean

Copies

- OAE
- Polcant



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement (EJPD)
Staatssekretariat für Migration (SEM)
Stabsbereich Recht
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des Bundesgesetzes über das Informationssystem für den Ausländer- und den Asylbereich (BGIAA); Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Januar 2021 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zu den Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des Bundesgesetzes über das Informationssystem für den Ausländer- und den Asylbereich (BGIAA; SR 142.51) Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat ist mit den vorgeschlagenen Anpassungen einverstanden und verzichtet auf eine einlässliche Vernehmlassung.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 6. April 2021



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Urban Camenzind

Roman Balli

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Frau Karin Keller-Sutter
Bundesrätin
Bundeshaus West
3003 Bern

Frauenfeld, 6. April 2021

222

**Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU)
Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-
Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA**

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf für eine Änderung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE; SR 142.201), der Verordnung über das Zentrale Migrationsinformationssystem (ZEMIS-Verordnung; SR 142.513), der Verordnung über das automatisierte Polizeifahndungssystem (RIPOL-Verordnung; SR 361.0), der Verordnung über die Bearbeitung biometrischer erkennungsdienstlicher Daten (SR 361.3) und der Verordnung über den nationalen Teil des Schengener Informationssystems (N-SIS) und das SIRENE-Büro (N-SIS-Verordnung; SR 362.0) und teilen Ihnen mit, dass wir mit diesen Vorlagen einverstanden sind.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber



Kanton Schaffhausen
Finanzdepartement

J. J. Wepfer-Strasse 6
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 72 50
F +41 52 632 77 09
cornelia.stammhurter@sh.ch



Finanzdepartement

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

per E-Mail

Schaffhausen, 6. April 2021

Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Januar 2021 haben Sie die Kantone eingeladen, sich in Sachen Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA vernehmen zu lassen. Wir nehmen die Gelegenheit zur Stellungnahme gerne wahr und können Ihnen mitteilen, dass wir keine Einwände gegenüber den vorgeschlagenen Verordnungsanpassungen haben. Im Sinne einer Ergänzung regen wir an, in der N-SIS-Verordnung vorzusehen, dass die Behörde, welche eine Löschung vornimmt (Grenzkontrollbehörde oder SEM), auch die ausschreibende kantonale Behörde informieren muss. Nur so ist gewährleistet, dass die Kantone zeitgleich über denselben Informationsstand verfügen.

Nicht zustimmen können wir Ihrer Einschätzung zum finanziellen Aufwand für die Kantone. Bereits in der Stellungnahme vom 7. Mai 2019 hat der Kanton Schaffhausen im Rahmen der Vernehmlassung zur Übernahme und Umsetzung des entsprechenden Schengener Rechts darauf hingewiesen, dass infolge der damit einhergehenden Datenerfassung ein administrativer Mehraufwand erwartet wird. Es wurde um eine möglichst automatisierte Datenbearbeitung ersucht. Die nun vorliegenden Lösungen lassen weiterhin einen nicht zu unterschätzenden personellen Mehraufwand erwarten.

Freundliche Grüsse
Finanzdepartement

Dr. Cornelia Stamm Hurter
Regierungsrätin



Regierungsrat Fredy Fässler

Sicherheits- und Justizdepartement, Oberer Graben 32, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Sicherheits- und Justizdepartement
Oberer Graben 32
9001 St.Gallen
T 071 229 36 00
F 071 229 39 61

St.Gallen, 12. April 2021

Verordnungsanpassung zur Umsetzung der SIS-Verordnung (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 13. Januar 2021 laden Sie uns zur Vernehmlassung betreffend die Verordnungsanpassung zur Umsetzung der SIS-Verordnung (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA ein. Wir danken für diese Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass wir die Verordnungsanpassung begrüssen, zumal dadurch etwa Einbürgerungsverfahren optimiert werden können.

Freundliche Grüsse



Fredy Fässler
Regierungsrat

Zustellung per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:

- sandrine.favre@sem.admin.ch
- helena.schaer@sem.admin.ch
- ariane.studer@fedpol.admin.ch
- simone.rusterholz@fedpol.admin.ch



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

31. März 2021 (RRB Nr. 324/2021)

**Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU)
Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen
des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA;
Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 13. Januar 2021 haben Sie uns eingeladen, zu Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 und zur Änderung des Bundesgesetzes über das Informationssystem für den Ausländer- und den Asylbereich (BGIAA; SR 142.51) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Wir haben bereits in unserer Stellungnahme vom 17. April 2019 zur Übernahme und Umsetzung der Rechtsgrundlagen zur Nutzung des Schengener Informationssystems gefordert, dass der Bund bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen SIS-Verordnungen und der Änderungen im BGIAA sicherstellt, dass die notwendigen Schnittstellen zwischen den Systemen (VOSTRA, ZEMIS, RIPOL, SIS, EES) vorhanden sind, damit die Datenbearbeitung möglichst automatisiert erfolgen kann (RRB Nr. 402/2019). Der Bund hat bei der Umsetzung der neuen Bestimmungen zur Landesverweisung eine Schnittstelle zwischen VOSTRA und ZEMIS in Aussicht gestellt, bislang aber immer noch nicht umgesetzt. Deshalb müssen die für den Vollzug der Landesverweisung zuständigen Behörden die Daten der Landesverweisungen für die Ausschreibung im SIS weiterhin manuell erfassen (Art. 19b Abs. 1 Verordnung über den nationalen Teil des Schengener Informationssystems [N-SIS] und das SIRENE-Büro [SR 362.0, N-SIS-Verordnung]), obschon sie im VOSTRA enthalten sind. Wir fordern deshalb erneut, dass die notwendigen Schnittstellen errichtet werden.

Zu den Bestimmungen im Einzelnen:

Zu Art. 11a N-SIS-Verordnung

Gemäss Art. 11a Bst. b Ziff. 2 ist bei der Ausschreibung von schutzbedürftigen Personen eine zugrundeliegende Verfügung oder das zugrundeliegende Urteil zu erfassen. Wir gehen davon aus, dass der Ausschreibungsprozess in Fällen akuter und erheblicher Gefährdungen gemäss Art. 29 Abs. 2 gestützt auf eine Anordnung der kantonalen Polizei schnellstmöglich gestartet werden kann und sich die Erfassung des förmlichen Entscheids einer weiteren Behörde erübrigt.

**Zu Art. 11b N-SIS-Verordnung**

Art. 11b Abs. 2 verlangt sinngemäss, dass eine Abfrage einzig anhand daktyloskopischer Daten nur zulässig ist, wenn die Identität der Person nicht aufgrund von «Daten zur Identität» festgestellt werden kann. Es ist unklar, was unter «Daten zur Identität» zu verstehen ist (zumal daktyloskopische Daten auch solche sind) bzw. welche Daten vor den daktyloskopischen Daten geprüft werden müssen. Es ist nicht einzusehen, weshalb die Abfrage anhand daktyloskopischer Daten eingeschränkt werden soll, zumal im Rahmen des Projekts «Interoperabilität» des Bundesamtes für Polizei bisher kommuniziert wurde, dass verfügbare daktyloskopische Daten zukünftig mit erster Priorität abgefragt werden sollen.

Zu Art. 15a, 19b Abs. 5 und Art. 21 Abs. 5 N-SIS-Verordnung:

Gemäss Art. 19b Abs. 5 und Art. 21 Abs. 5 müssen die Vollzugsbehörden ihre Erreichbarkeit sicherstellen und spätestens zwölf Stunden nach Eingang einer Anfrage des SIRENE-Büros reagieren können. Bereits im Rahmen der Einführung von Art. 21 Abs. 3 wurde darauf hingewiesen, dass die kantonalen Migrationsämter nicht in der Lage sind, jederzeit innerhalb von zwölf Stunden zu reagieren, dazu müsste über das Wochenende ein Pikettendienst eingerichtet werden. Deshalb wurde vereinbart, dass das Staatssekretariat für Migration (SEM) diese Aufgabe übernimmt. In Art. 15a Abs. 1 wird dies nun kodifiziert, was wir begrüssen. In den Absätzen 2 und 3 wird ergänzend aufgenommen, dass das SEM von den ausschreibenden Behörden Zusatzinformationen einholen kann, wobei es die fristgerechte Information ans SIRENE-Büro sicherstellt. Diese Bestimmungen dürfen nicht dazu führen, dass für die kantonalen Migrationsämter über die Hintertüre eine Verpflichtung entsteht, jederzeit innert zwölf Stunden zu reagieren. Aus diesem Grund ist die Reihenfolge der Absätze 2 und 3 zu tauschen und der heutige Absatz 2 von Art. 15a wie folgt zu formulieren: «Bei Bedarf kann das SEM von den ausschreibenden Behörden Zusatzinformationen einholen. Diese stellen eine möglichst zeitnahe Auskunftserteilung sicher.»

Zudem sind die kantonalen Migrationsbehörden und die für die Landesverweisung zuständigen Behörden aus Art. 19b Abs. 5 und Art. 21 Abs. 5 zu entfernen.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Dr. Silvia Steiner

Dr. Kathrin Arioli





KANTON
APPENZEL INNERRHODEN

Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an

- sandrine.favre@sem.admin.ch
- helena.schaer@sem.admin.ch
- ariane.studer@fedpol.admin.ch
- simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

Appenzell, 15. April 2021

Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Januar 2021 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zu den Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen, Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands, sowie zur Änderung des BGIAA zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie befürwortet die Vorlage.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Departement Inneres und Sicherheit, 9100 Herisau

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
(EJPD)

3003 Bern

Per E-Mail:

Sandrine.favre@sem.admin.ch

Helena.schaer@sem.admin.ch

Ariane.studer@fedpol.admin.ch

Simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

Herisau, 12. April 2021

Hansueli Reutegger

Regierungsrat

Tel. +41 71 353 68 40

hansueli.reutegger@ar.ch

**Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860,
2018/1861 und 2018/1862 sowie zur Änderung des BGIAA;
Stellungnahme des Kantons Appenzell Ausserrhoden**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Januar 2020 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zu den rubrizierten Verordnungsanpassungen Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit. Der Regierungsrat hat die Vernehmlassung zur direkten Erledigung an das Departement Inneres und Sicherheit delegiert.

Wir sind mit den vorgeschlagenen Anpassungen einverstanden und verzichten auf eine einlässliche Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Hansueli Reutegger
Regierungsrat

numero			Bellinzona
1800	cl	0	14 aprile 2021
Repubblica e Cantone Ticino Consiglio di Stato Piazza Governo 6 Casella postale 2170 6501 Bellinzona telefono +4191 814 41 11 fax +4191 814 44 35 e-mail can-sc@ti.ch			
			Repubblica e Cantone Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale di giustizia e polizia
 DFGP
 Palazzo federale ovest
 3003 Berna
 anticipata per email: sandrine.favre@sem.admin.ch;
helena.schaer@sem.admin.ch;
ariane.studer@fedpol.admin.ch;
simone.rusterholzer@fedpol.admin.ch

Procedura di consultazione concernente gli adeguamenti di ordinanze in seguito al recepimento dei regolamenti SIS (UE) n. 2018/1860, 2018/1861 e 2018/1862 (sviluppi dell'acquis di Schengen) e alla modifica della LSISA

Gentili signore,
 Egregi signori,

abbiamo ricevuto la vostra lettera 13 gennaio 2021 in merito alla summenzionata procedura di consultazione. Le modifiche di ordinanza, unitamente al relativo rapporto esplicativo sugli adeguamenti in seguito al recepimento dei regolamenti SIS (UE) n. 2018/1860, 2018/1861 e 2018/1862 (sviluppi dell'acquis di Schengen) e alla modifica della Legge federale sul sistema d'informazione per il settore degli stranieri e dell'asilo (LSISA), sono stati esaminati in collaborazione con l'Ufficio cantonale della migrazione e i servizi di polizia interessati.

Ringraziando per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, formuliamo le seguenti osservazioni.

1. Considerazioni generali

In generale, come Esecutivo cantonale accogliamo favorevolmente la proposta di novella legislativa in parola, inerente le modifiche di ordinanza, unitamente al relativo rapporto esplicativo sugli adeguamenti a seguito del recepimento dei regolamenti SIS (UE) n. 2018/1860, 2018/1861 e 2018/1862 (sviluppi dell'acquis di Schengen) e alla modifica della LSISA.

Concordiamo con l'Autorità federale che a seguito del recepimento dei menzionati regolamenti SIS (UE) e dell'adeguamento della LSISA si rende necessario apportare delle

modifiche, segnatamente nell'ordinanza sul trattamento dei dati segnaletici di natura biometrica, nell'ordinanza sulla parte nazionale del Sistema d'informazione di Schengen (N-SIS) e sull'ufficio SIRENE (Ordinanza N-SIS), nell'ordinanza sul sistema di ricerca informatizzata di polizia (RIPOL), nell'ordinanza sull'ammissione, il soggiorno e l'attività lucrativa (OASA) e nell'ordinanza concernente il sistema d'informazione centrale sulla migrazione (SIMIC).

Per quanto concerne l'ordinanza N-SIS si rende infatti necessario riprendere i nuovi diritti di accesso e le nuove categorie di segnalazioni nel SIS previsti dalla legislazione, devono essere precisati i compiti dell'ufficio SIRENE e, da ultimo, devono essere definiti per la Svizzera i termini "reati terroristici", rapimento o alla sottrazione di minori da parte di un genitore e "altri reati gravi" conformemente agli atti normativi dell'UE.

Le ordinanze RIPOL e SIMIC devono essere anch'esse adeguate principalmente poiché RIPOL e SIMIC sono due sistemi dai quali sono effettuate le segnalazioni nel N-SIS e permettono inoltre di creare ulteriori possibilità di segnalazione (a titolo d'esempio l'obbligo di segnalare persone legate al terrorismo o pericoli per la salute pubblica) e di registrazione di nuove categorie, compresi aggiuntivi dati biometrici per l'identificazione, ciò che consente di migliorare l'efficacia dei controlli. Di conseguenza i dati principali per una segnalazione vanno rilevati in uno di questi due sistemi. Inoltre le decisioni di rimpatrio e i divieti d'entrata, pronunciati dalle Autorità competenti della migrazione e le espulsioni giudiziarie saranno in futuro rilevati solo in SIMIC e in seguito trasmessi al N-SIS.

Da ultimo rileviamo che nell'ordinanza OASA e nell'ordinanza sul trattamento dei dati segnaletici di natura biometrica saranno regolamentati il rilevamento dei dati biometrici e la loro trasmissione al N-SIS per le segnalazioni ai fini del rimpatrio e della non ammissione.

Positivamente sono infine recepite la maggior collaborazione tra le Autorità e lo scambio di informazioni più celere (segnatamente grazie al trasferimento di dati automatizzato), le quali permettono indubbiamente di aumentare la collaborazione nello spazio Schengen così come di garantire più efficacemente la sicurezza interna.

2. Considerazioni sugli articoli delle ordinanze oggetto di modifica

2.1 Ordinanza sulla parte nazionale del Sistema d'informazione di Schengen (N-SIS) e sull'ufficio SIRENE (Ordinanza N-SIS; RS 362.0)

Ad art. 7 cpv. 1 lett i)

Concordiamo con la modifica in parola e ne riconosciamo la sua utilità. In effetti con questa modifica le Autorità cantonali della migrazione in futuro potranno accedere al N-SIS, oltre che per poter controllare le domande di visto, per rilasciare permessi di soggiorno e per verificare le segnalazioni ai fini della non ammissione e del divieto di soggiorno nei confronti di cittadini extra UE, anche per controllare e diffondere le segnalazioni utili ai fini del rimpatrio.

Ad art. 11a lett. c)

In qualità di Esecutivo cantonale riconosciamo l'utilità di specificare in questo disposto gli elementi che sono tenuti ad inserire obbligatoriamente le Autorità cantonali della migrazione per le segnalazioni di cittadini di Stati terzi ai fini del rimpatrio sulla base di decisioni di rinvio cantonale o di espulsioni giudiziarie. È infatti indicato chiaramente che in questi casi devono essere inseriti un riferimento alla decisione alla base della segnalazione, il termine per la partenza volontaria, sempreché sia stato concesso, e l'indicazione se la decisione di rimpatrio è connessa ad un divieto d'entrata.

Ad art. 19b cpv. 1

Questo disposto è particolarmente utile poiché definisce la competenza delle Autorità cantonali della migrazione ad inserire in SIMIC le decisioni di rimpatrio di sua pertinenza, le decisioni d'espulsione penale e, se necessario, a segnalarle in SIS laddove l'Autorità giudiziaria lo abbia ordinato. In precedenza i dati afferenti alle espulsioni giudiziarie andavano inseriti, in luogo di SIMIC, nel sistema RIPOL.

Ad art. 19b cpv. 6

Concordiamo con il legislatore federale sulla necessità di precisare in questo capoverso che i Cantoni saranno tenuti a registrare nel sistema SIMIC il numero connesso ai dati biometrici di AFIS (PCN). Infatti, quando l'Autorità cantonale annuncerà via SIMC la segnalazione al N-SIS, i dati biometrici perverranno a questo sistema automaticamente grazie ad una funzione di SIMIC. Nel disposto è stato precisato, a tutela dei Cantoni, che la responsabilità dei dati biometrici, la loro protezione nonché la garanzia della sicurezza della loro trasmissione, rimane di esclusiva pertinenza della SEM.

Ad art. 19c cpv. 2

Riteniamo particolarmente utile questo disposto il quale stabilisce a chiare lettere la competenza dell'Autorità della migrazione cantonale di adottare misure nell'ambito della LStrl qualora, a seguito di un controllo, una persona con il riscontro positivo in SIS sia sorpresa sul proprio territorio. In questi casi sarà la competente Autorità cantonale della migrazione a stabilire le misure da applicare in vista del rimpatrio e a verificare la validità della decisione di rimpatrio per l'intero spazio Schengen e la sua esigibilità.

Ad art. 43 cpv. 2

Per quanto attiene alla cancellazione ai fini del rimpatrio, è stato apprezzato come il legislatore federale abbia optato per una soluzione flessibile prevedendo che la SEM, in caso di comunicazione di partenza da un altro Stato Schengen, possa provvedere lei stessa alla cancellazione sebbene tale compito sia, di principio, di pertinenza dell'Autorità che ha provveduto alla segnalazione.

2.2 Ordinanza sul sistema di ricerca informatizzato di polizia (Ordinanza RIPOL – RS.361.0)

Ad art. 4 cpv. 2 lett. d)

Concordiamo con il legislatore federale sull'abrogazione di questo disposto, ritenuto che con il passaggio delle iscrizioni delle espulsioni giudiziarie da RIPOL direttamente a SIMIC, la possibilità per le competenti Autorità cantonali di procedere alle iscrizioni in RIPOL decade.

2.3 Ordinanza concernente il sistema d'informazione centrale sulla migrazione (Ordinanza SIMIC – RS. 142.513)

Ad art. 5 cpv. 1 lett. o)

Come Consiglio di Stato condividiamo con l'Autorità federale la necessità di specificare l'obbligo di notificazione nel SIMIC da parte dell'Autorità della migrazione delle decisioni di rimpatrio nonché le loro modifiche e sospensioni. Notifica che permetterà la registrazione in N-SIS delle decisioni inerenti i cittadini di Stati terzi.

Ad art. 9 cpv. 1 lett a bis)

Riconosciamo la necessità di questa novella legislativa che permette l'accesso al SIMIC da parte delle Autorità cantonali, competenti per l'esecuzione dell'espulsione giudiziaria, ai fini della registrazione delle decisioni di rimpatrio e dei divieti d'entrata nell'ambito delle espulsioni penali, per poi notificarle al N-SIS.

2.4 Ordinanza sul trattamento dei dati segnaletici di natura biometrica (RS. 361.3)

Ad art. 3a

Anche se la trasmissione dei dati biometrici in caso di segnalazione ai fini del rimpatrio è di mera pertinenza della SEM e malgrado il presente disposto non ne faccia menzione, è d'uopo ricordare che le Autorità cantonali della migrazione hanno anch'esse un ruolo in quest'ambito. Le stesse sono infatti tenute a collaborare con la SEM e, se disponibile, devono registrare in AFIS il numero d'identificazione PCN.

2.5 Ordinanza sull'ammissione, il soggiorno e l'attività lucrativa (OASA – RS. 142.201)

Nessuna osservazione.

3. Conclusioni

Si rinnovano i ringraziamenti per averci dato la possibilità di prendere posizione nell'ambito della procedura di consultazione in parola. In qualità di Consiglio di Stato non possiamo fare altro che confermare la necessità di procedere agli adeguamenti delle menzionate Ordinanze, resisi necessari a seguito del recepimento dei regolamenti SIS (UE) n. 2018/1860, 2018/1861 e 2018/1862 (sviluppi dell'acquis di Schengen) e alla modifica della LSISA.

Parimenti l'Esecutivo cantonale valuta positivamente la recezione della maggior collaborazione tra le Autorità coinvolte e lo scambio di informazioni più rapido (segnatamente grazie al trasferimento di dati automatizzato), le quali permetteranno senza alcun dubbio di accrescere la collaborazione nello spazio Schengen così come di garantire più efficacemente la sicurezza interna e la lotta all'immigrazione illegale.

Infine, dal lato finanziario, rileviamo che a mente dell'Autorità federale i Cantoni non dovrebbero venir toccati poiché la proposta modifica legislativa non comporta aggravii per le Autorità cantonali coinvolte, né in termini economici né sugli effettivi del personale.

Infatti, se da un lato le Autorità cantonali della migrazione saranno tenute a svolgere nuovi compiti, quali l'iscrizione/cancellazione nel sistema SIMIC dei dati inerenti l'espulsione penale e la sua avvenuta esecuzione, d'altra parte le stesse non saranno più confrontate con l'obbligo di comunicare all'Autorità federale i dati necessari all'iscrizione del provvedimento nell'applicativo attualmente gestito a livello federale.

Si osserva tuttavia che, al momento attuale, non è ancora possibile stabilire con certezza se le modifiche proposte porteranno dei maggiori aggravii in termini di personale alle Autorità cantonali della migrazione le quali saranno tenute a provvedere alle iscrizioni dei dati inerenti le decisioni di allontanamento direttamente in SIMIC mediante il relativo applicativo. In effetti attualmente le stesse si limitano a trasmettere manualmente alle Autorità cantonali di Polizia i dati necessari per l'iscrizione in RIPOL. Si auspica pertanto che l'iscrizione in SIMIC di questi dati possa essere svolta in maniera efficace e razionale, in modo da evitare un maggior onere a carico degli Uffici cantonali della migrazione nell'espletamento di queste mansioni.

Vogliate gradire, gentili signore ed egregi signori, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:

Norman Gobbi

Il Cancelliere:

Arnoldo Coduri

Copia per conoscenza a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch);
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg.ap@ti.ch);
- Sezione della popolazione (di-sp.direzione@ti.ch);
- Comando della Polizia cantonale (servizio.giuridico@polca.ti.ch);
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in Internet.

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de justice et police (DFJP)
A l'att. de Madame la Conseillère fédérale
Karine Keller-Sutter
Palais fédéral Ouest
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Par email à : Sandrine Favre : sandrine.favre@sem.admin.ch
Helena Schaer : helena.schaer@sem.admin.ch
Ariane Studer : ariane.studer@fedpol.admin.ch
Simone Rusterholz : simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

Delémont, le 13 avril 2021

Modifications d'ordonnances en vue de la mise en œuvre des règlements SIS (UE) 2018/1860, 2018/1861 et 2018/1862 (développements de l'acquis de Schengen) et d'une modification de la LDEA – Ouverture de la procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura a pris connaissance de votre courrier du 13 janvier 2021 relatif à l'objet cité sous rubrique. Il vous remercie de l'avoir consulté et prend position comme suit.

Il est constaté que la présente consultation intervient à la suite de la reprise des développements de l'acquis de Schengen susmentionnés, des modifications légales qu'ils nécessitent et d'une modification distincte de la LDEA au sujet desquelles le Gouvernement a été consulté le 13 février 2019. Précisément, le Conseil fédéral nous soumet aujourd'hui pour consultation les modifications d'ordonnances fédérales qui en découlent.

Sur le fond, le Gouvernement s'était déterminé favorablement dans le cadre de la consultation du 13 février 2019 sur la réforme du SIS ainsi que sur les modifications proposées dans la LDEA. Il en va de même aujourd'hui en ce qui concerne les modifications des ordonnances d'application qui surviennent dans la continuité desdites modifications légales.

Par ailleurs, il est pris bonne note que les modifications d'ordonnances prévues n'auront pas de nouvelles conséquences pour les finances et le personnel des cantons. A la lecture du rapport explicatif y relatif et du message du Conseil fédéral du 6 mars 2020 quant à l'approbation et la mise en œuvre des échanges de notes entre la Suisse et l'UE concernant la reprise des bases légales concernant l'établissement, le fonctionnement et l'utilisation du système d'information Schengen (SIS), le Gouvernement salue le souhait du Conseil fédéral de tenir compte dans le cadre desdites ordonnances des remarques formulées par les cantons

lors de la consultation du 13 février 2019. Néanmoins, il est regretté à cet égard qu'il ne soit pas prévu que la Confédération apporte un soutien financier aux cantons tel que celui requis par le Gouvernement jurassien lors de ladite consultation pour compenser la charge de travail supplémentaire non négligeable pour les administrations cantonales induites par les réformes en cours.

En vous remerciant de l'attention portée à la présente, le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Nathalie Barthoulot
Présidente




Gladys Winkler Docourt
Chancelière d'État



CH-6061 Sarnen, Postfach 1561, SJD

Per E-Mail an:

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
3003 Bern

sandrine.favre@sem.admin.ch;
helena.schaer@sem.admin.ch;
ariane.studer@fedpol.admin.ch;
simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.3976
Unser Zeichen: fu

Sarnen, 19. April 2021

**Verordnungsanpassung zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr.
2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklung des Schengen Besitz-
stands) sowie zur Änderung des BGIAA;
Stellungnahme**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Gelegenheit der Stellungnahme zur Verordnungsanpassung der SIS-Verordnungen sowie zur Änderung des BGIAA danken wir Ihnen.

Grundsätzlich unterstützen wir diese Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes zum SIS. Insbesondere begrüsst werden die neu vorgesehenen Möglichkeiten der Ausschreibung. Namentlich diejenige der Ermittlungsanfrage und der Ausschreibung schutzbedürftiger Personen. Es erscheint auch sinnvoll, dass Personenausschreibungen zukünftig mit Sachen, die zusätzliche Fahndungstref-fer ermöglichen sollen, ergänzt werden können.

Betreffend die einzelnen Bestimmungen wird im Weiteren auf die Stellungnahme der KKPKS verwiesen. Insbesondere auf die Äusserungen zu Anhang 3, Ziff. 1 Bst. e der N-SIS-Verordnung, Anhang 1, Ziff. 1 Bst. a Zeile 14 der RIPOL-Verordnung und auf die Anmerkungen zum gesetzgeberischen Handlungsbedarf in den Kantonen, ist nochmals speziell hinzuweisen.

Zu Anhang 3, Ziff. 1 Bst. e N-SIS Verordnung

Es ist nicht einsichtig, weshalb die kantonalen Strafverfolgungsbehörden keine Ausschreibungen betreffend die verdeckte Registrierung, die gezielte Kontrolle und die Ermittlungsanfrage bearbeiten dürfen sollen. Hier ist vorzusehen, dass diejenigen Kantone, die dazu eine gesetzliche Grundlage haben, auch selber ausschreiben können. Hier ist "A" für Abfragen auf "B" für Bearbeiten zu ändern.

Zu Anhang 1, Ziff. 1 Bst. a Zeile 14 RIPOL Verordnung

Dass die Kantonspolizeien nach dieser Liste weniger Berechtigungen – nämlich nur zur "Ansicht" – haben, als die Gemeinde- und Regionalpolizeien, kann nur mit einem Versehen erklärt werden. Dieser Fehler ist zu korrigieren und den Kantonspolizeien das Recht zur "Mutation" der betreffenden Ausschreibungen von Ausweisdaten einzuräumen.

Zu den Anmerkungen zum gesetzgeberischen Handlungsbedarf in den Kantonen

Der Kanton Obwalden verfügt derzeit, wie wohl die meisten anderen Kantone, nicht über die notwendige gesetzliche Grundlage für die Ausschreibung zur Ermittlungsanfrage. Diese ist schnellstmöglich zu schaffen.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse



Christoph Amstad
Regierungsrat

Kopie an:

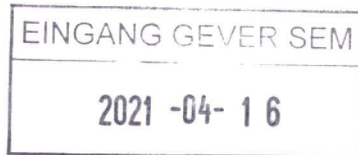
- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Kantonspolizei
- Volkswirtschaftsdepartement
- Staatskanzlei (Kommunikation)



Genève, le 14 avril 2021

Le Conseil d'Etat

1770-2021



Département fédéral de justice et police
Madame Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Palais fédéral
3003 Berne

Concerne : consultation fédérale sur les modifications d'ordonnances en vue de la mise en œuvre des règlements SIS (UE) 2018/1860, 2018/1861 et 2018/1862 (développements de l'acquis de Schengen) et sur la modification de la LDEA

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à votre courrier du 13 janvier 2021 relatif à l'objet susmentionné, lequel a retenu notre meilleure attention.

Nous saluons l'accroissement de la coopération européenne, au travers de l'harmonisation des procédures nationales d'utilisation du SIS et l'interopérabilité des systèmes d'information.

Après un examen attentif, nous sommes favorables aux modifications envisagées, bien que celles-ci induiront une surcharge de travail certaine mais non précisément quantifiable tant pour l'office cantonal de la population et des migrations que pour la police, s'agissant notamment du relevé et de l'enregistrement des données biométriques.

A cet égard, nous regrettons que le rapport du Conseil fédéral à ce sujet (p. 52) comporte peu d'éléments susceptibles d'aider les cantons à anticiper cette surcharge.

D'autres observations plus détaillées ont été développées dans la note annexée à la présente.

Vous remerciant d'avoir consulté notre Conseil, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti

La présidente :



Anne Emery-Torracinta

Prise de position du Conseil d'Etat de la République et canton de Genève concernant la consultation fédérale sur les modifications d'ordonnances en vue de la mise en œuvre des règlements SIS (UE) 2018/1860, 2018/1861 et 2018/1862 (développements de l'acquis de Schengen) et sur la modification de la LDEA

En préambule, nous souhaitons rappeler que le projet initial du Règlement SIS retour prévoyait une saisie obligatoire des données biométriques, tous les Etats membres et la Commission européenne étant convaincus que l'identification par l'intermédiaire de ces données est beaucoup plus fiable, et donc préférable. Si la Commission européenne a fait machine arrière au dernier moment sur ce point et a finalement décidé que la saisie dans le SIS des données biométriques ne serait pas obligatoire, c'est parce qu'elle ne voulait pas exclure du système des décisions de renvoi pour lesquelles des données n'étaient pas disponibles. Mais il a toujours été clair, pour tous les participants aux négociations, que l'objectif à atteindre serait d'avoir les données biométriques pour 100% des décisions de renvoi.

Dans ce contexte, la proposition de mise en œuvre du volet LEI de ce projet SIS n'est, de notre point de vue, pas satisfaisante pour les cantons.

On peut en particulier déplorer le fait que les autorités fédérales ne proposent pas aux offices cantonaux des migrations une solution juridique, ainsi qu'un outil informatique relié à SYMIC dans lequel ceux-ci pourraient enregistrer - au début de chaque procédure de droit des étrangers - les documents d'identité et les données biométriques des ressortissants d'Etats tiers pour lesquels ils vont être amenés à statuer sur les conditions de séjour, comme cela peut être le cas dans d'autres Etats européens et comme le SEM le fait lui-même dans le domaine de l'asile.

Les données biométriques pourraient ensuite être utilisées pour l'émission des permis ou pour une éventuelle inscription au SIS en fonction de l'issue de la procédure de droit des étrangers. Cela impliquerait que les données soient sauvegardées dans un format générique susceptible de convenir aux différentes bases de données (SYMIC, SIS). Afin de satisfaire à l'exigence d'information qui découle de l'article 14 LPD, ces personnes devraient être préalablement dûment informées des diverses utilisations possibles de leurs données biométriques lors de la saisie de celles-ci.

La solution proposée par le Conseil fédéral (voir p. 52 du rapport), de compléter le signalement au SIS par le prélèvement des données biométriques a posteriori, en application de l'art. 87 OASA n'est, à notre avis, pas une bonne solution pour les cantons, car elle implique de reporter sur la police un travail laborieux d'interpellation des intéressés et de saisie de leurs données qui auraient pu être plus aisément collectées par l'office cantonal de la population et des migrations (OCPM) (via le futur Centre cantonal de biométrie) au début de la procédure, quand les gens sont encore enclins à collaborer avec les autorités.

Le fait de ne pas disposer des données biométriques des ressortissants d'Etat tiers (à l'exception de ceux ayant été interpellés par la police ou entrés en Suisse avec un visa) aura pour conséquence de compliquer le suivi de l'exécution des renvois et de rendre tout le système moins performant. Comme cela est rappelé dans le rapport (p. 5), il est prévu par l'Union européenne de développer la technologie permettant de comparer une image faciale avec la photographie d'une pièce d'identité et de l'utiliser aux portiques automatiques d'entrée/sortie de l'Espace Schengen. Pour que ce système puisse fonctionner, il est nécessaire de pouvoir disposer d'images faciales/photographies de qualité suffisante (cf. rapport du Conseil fédéral pp. 10-11). Il est par ailleurs précisé (p. 20 du rapport) que toutes les données biométriques doivent répondre à des normes minimales en matière de qualité des

données et à des spécificités techniques particulières. Si ce n'est pas le cas, cela va rendre le système partiellement inopérant (impossibilité de détecter une personne entrant dans l'Espace Schengen avec un passeport établi sous une nouvelle identité) et générer du travail manuel supplémentaire de vérification pour tous les opérateurs impliqués dans le contrôle et l'enregistrement des sorties de l'Espace Schengen (SIRENE, Corps des gardes-frontière, offices cantonaux de migrations).

On peut encore relever que, pour l'OCPM, la mise en œuvre de ces ordonnances le 1er décembre 2021 impliquera :

- de devoir rapidement réexaminer le processus interne d'enregistrement des demandes d'autorisation de séjour, afin de s'assurer que l'on dispose au minimum:
 - d'un enregistrement de bonne qualité – photographie couleur - des différents documents d'identité présentés qui feront partie de l'e-dossier à créer en cas de décision de renvoi (voir p. 47 du rapport) ;
 - d'une photographie de bonne qualité de chaque ressortissant d'Etat tiers âgé de >12 ans (voir p. 50), nécessaire pour l'enregistrement d'une demande de soutien auprès du SEM dans le système e-retour, et pour la confection du dossier SIS ;
- un travail de saisie dans SYMIC plus important qu'actuellement pour les gestionnaires de dossiers de l'OCPM.

Plus généralement, nous nous posons la question de la mise en œuvre par l'OCPM du dispositif prévu et des impacts qu'elle ne manquera pas d'avoir sur son organisation et ses activités en terme de charge de travail (notamment pour les inscriptions des décisions de retour dans le SIS, consultations d'autres Etats Schengen, lorsque la personne est au bénéfice d'une autorisation dans un autre Etat, etc...) et sur celles de la police (augmentation des mandats à des fins d'identification, saisies de données mais également notamment de données biométriques dont les données ADN et AFIS et, vraisemblablement, enregistrement des numéros « PCN » y relatifs par exemple). La fin du rapport explicatif et son point 4 « Conséquences pour la Confédération et les cantons » sont tout sauf limpides sur ce point, à notre sens.

Enfin, nous relevons que s'agissant de rendre désormais obligatoire le signalement, dans SIS, des interdictions d'entrée quel qu'en soit le motif, ces signalements ne devraient pas poser de problèmes particuliers, pour autant que ceux-ci soient de nature à être exploitables par la Suisse.



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

PAR COURRIEL

Département fédéral de justice et police DFJP
Madame Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Courriel : sandrine.favre@sem.admin.ch
helena.schaer@sem.admin.ch
ariane.studer@fedpol.admin.ch
simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

Fribourg, le 9 mars 2021

Modifications d'ordonnances liées à la reprise des règlements (UE) 2018/1860, 2018/1861 et 2018/1862 (développements de l'acquis de Schengen) et à la modification de la LDEA visant à instaurer une statistique complète sur les retours

Madame la Conseillère fédérale,

Par courrier du 13 janvier 2021, vous nous avez consultés sur l'objet cité en titre, et nous vous en remercions.

Les modifications d'ordonnances proposées relèvent d'un développement de l'acquis Schengen et doivent de ce fait être reprises par la Suisse sous peine de voir remis en cause son accord d'association à Schengen. Nous n'avons dans ce contexte pas de remarques particulières à formuler.

S'agissant de la modification de la LDEA, elle doit permettre de saisir les expulsions pénales dans le Système d'information central sur la migration (SYMIC) et de produire des statistiques complètes sur les retours de tous les étrangers.

Ces objectifs sont légitimes et le souhait d'une documentation statistique plus complète en la matière a également pu être exprimé politiquement au niveau cantonal. Nous relevons toutefois que cela signifiera pour les services cantonaux de migration une augmentation marquée du travail de saisie, ainsi que la recherche d'informations supplémentaires, notamment auprès d'autres services étatiques (police par exemple). Ces exigences contraindront également les cantons à un suivi rigoureux – et également chronophage – des décisions de retour qu'ils prendront afin de pouvoir effectuer les modifications nécessaires dans le SYMIC. En définitive, ce projet engendrera une charge de travail supplémentaire pour les cantons dans un objectif essentiellement statistique, sans que cela ne se mesure par un véritable avantage dans l'exécution même des tâches d'éloignement de Suisse.

Avec ces considérations, nous approuvons ces différentes modifications dans leur ensemble.

En vous remerciant une nouvelle fois de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-François Steiert, Président

A handwritten signature in blue ink, consisting of stylized initials 'JF' followed by '111'.

Jean-François Steiert

Qualifizierte elektronische Signatur · Schweizer Recht

Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'D. Gagnaux-Morel'.

Danielle Gagnaux-Morel

Signature électronique qualifiée · Droit suisse

L'original de ce document est établi en version électronique



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

PAR COURRIEL

Département fédéral de justice et police DFJP
Madame Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Courriel : sandrine.favre@sem.admin.ch
helena.schaer@sem.admin.ch
ariane.studer@fedpol.admin.ch
simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

Fribourg, le 9 mars 2021

2021-284

Modifications d'ordonnances liées à la reprise des règlements (UE) 2018/1860, 2018/1861 et 2018/1862 (développements de l'acquis de Schengen) et à la modification de la LDEA visant à instaurer une statistique complète sur les retours

Madame la Conseillère fédérale,

Par courrier du 13 janvier 2021, vous nous avez consultés sur l'objet cité en titre, et nous vous en remercions.

Les modifications d'ordonnances proposées relèvent d'un développement de l'acquis Schengen et doivent de ce fait être reprises par la Suisse sous peine de voir remis en cause son accord d'association à Schengen. Nous n'avons dans ce contexte pas de remarques particulières à formuler.

S'agissant de la modification de la LDEA, elle doit permettre de saisir les expulsions pénales dans le Système d'information central sur la migration (SYMIC) et de produire des statistiques complètes sur les retours de tous les étrangers.

Ces objectifs sont légitimes et le souhait d'une documentation statistique plus complète en la matière a également pu être exprimé politiquement au niveau cantonal. Nous relevons toutefois que cela signifiera pour les services cantonaux de migration une augmentation marquée du travail de saisie, ainsi que la recherche d'informations supplémentaires, notamment auprès d'autres services étatiques (police par exemple). Ces exigences contraindront également les cantons à un suivi rigoureux – et également chronophage – des décisions de retour qu'ils prendront afin de pouvoir effectuer les modifications nécessaires dans le SYMIC. En définitive, ce projet engendrera une charge de travail supplémentaire pour les cantons dans un objectif essentiellement statistique, sans que cela ne se mesure par un véritable avantage dans l'exécution même des tâches d'éloignement de Suisse.

Avec ces considérations, nous approuvons ces différentes modifications dans leur ensemble.

En vous remerciant une nouvelle fois de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-François Steiert, Président

Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

L'original de ce document est établi en version électronique

Communication :

- a) à la Direction de la sécurité et de la justice, pour elle et le Service de la population et des migrants ;
- b) à la Chancellerie d'Etat.

Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat

Extrait de procès-verbal non signé, l'acte signé peut être consulté à la Chancellerie d'Etat

6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement

- sandrine.favre@sem.admin.ch
- helena.schaer@sem.admin.ch
- ariane.studer@fedpol.admin.ch
- simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

Schwyz, 20. April 2021

Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 13. Januar 2021 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) den Kantonsregierungen die Unterlagen zu den Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des Bundesgesetzes über das Informationssystem für den Ausländer- und den Asylbereich (BGIAA) zur Vernehmlassung bis 20. April 2021 unterbreitet.

Mit den vorgeschlagenen Anpassungen sind wir grundsätzlich einverstanden, allerdings sollen die Zuständigkeiten klar geregelt und die Kongruenz der Eintragungen in den Systemen (SIS, RIPOL, ZEMIS) durch die Interoperabilität sichergestellt sein, nicht durch mehrfache manuelle Eintragungen. Eine Schnittstelle zwischen VOSTRA und ZEMIS wird voraussichtlich erst ab 2023 verfügbar sein. Daraus resultieren zumindest in den ersten zwei Jahren Mehrfacherfassungen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Frau Bundesrätin, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

Petra Steimen-Rickenbacher
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Die Mitte, Postfach, 3001 Bern

Per Mail an: sandrine.favre@sem.admin.ch
helena.schaer@sem.admin.ch
ariane.studer@fedpol.admin.ch
simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

Bern, 20. April 2021

Vernehmlassung: Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme der SIS-Verordnungen (EU) 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) und der Anpassung des BGIAA zur Erstellung einer umfassenden Statistik im Rückkehrbereich

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Die Übernahme der drei neuen Verordnungen der EU zum Schengener Informationssystem (SIS) sowie die Änderung des Bundesgesetzes über das Informationssystem für den Ausländer- und den Asylbereich (BGIAA) soll die sachliche und technische Weiterentwicklung des SIS sicherstellen. Das nationale Verfahren zur Nutzung des SIS soll harmonisiert werden, insbesondere im Hinblick auf Straftaten mit Terrorismusbezug sowie Straftaten wie die Entführung oder Entziehung von Kindern durch ein Elternteil. Die Mitte begrüsst die vorgeschlagenen Verordnungsanpassungen, so auch die Pflicht, dass Einreiseverbote und Rückkehrentscheide im System ausgeschrieben werden und die technischen Voraussetzungen für eine umfassende Rückkehrstatistik von ausländischen Personen geschaffen werden sollen. Das SIS hat sich als wichtiges Instrument für die Polizei-, Justiz-, und Migrationsbehörden der Schweiz bewährt. Da im SIS persönliche Daten gespeichert werden, begrüsst die Mitte darüber hinaus insbesondere, dass die neuen EU-Verordnungen unter Einbezug des Europäischen Datenschutzbeauftragten erarbeitet wurden und in der Schweiz der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte (EDÖB) eine Kontrollfunktion ausübt.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme, danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Für Die Mitte Schweiz

Sig. Gerhard Pfister
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin Die Mitte Schweiz

Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

per E-Mail an: sandrine.favre@sem.admin.ch; helena.schaer@sem.admin.ch;
ariane.studer@fedpol.admin.ch; simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

13. April 2021

Vernehmlassung: Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA zur Erstellung einer umfassenden Statistik im Rückkehrbereich

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sie haben uns eingeladen, im Rahmen der Vernehmlassung zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA zur Erstellung einer umfassenden Statistik im Rückkehrbereich Stellung zu nehmen. Hierfür bedanken wir uns. Gerne nehmen wir nach Konsultation mit unseren Mitgliedern wie folgt Stellung.

Die Wirtschaft unterstützt die Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der EU-Verordnungen zum Schengener Informationssystem «SIS Polizei», «SIS Grenze» und «SIS Rückkehr» und der Änderungen des BGIAA.

Sie erwartet eine möglichst effiziente und kostengünstige Umsetzung der Vorlage.

economiesuisse befürwortet die Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der EU-Verordnungen zum Schengener Informationssystem (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) und der Änderung des Bundesgesetzes über das Informationssystem für den Ausländer- und den Asylbereich (BGIAA). Es handelt es sich bei dieser Anpassung um eine Weiterentwicklung des bilateralen Abkommens über die Assoziierung der Schweiz an Schengen. Als assoziiertes Schengen-Mitglied hat die Schweiz die Pflicht, diese Richtlinien in ihr Recht zu überführen.

Die drei EU-Verordnungen enthalten neben den direkt anwendbaren Bestimmungen auch solche, welche Anpassungen im Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG, SR 142.20), im Asylgesetz (AsylG, SR 142.31), im Bundesgesetz über das Informationssystem für den Ausländer- und den Asylbereich (BGIAA, SR 142.51), im Strafgesetzbuch (StGB, SR 311.0) und im Bundesgesetz über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI, SR 361) bedingen.

Die entsprechende Vorlage wurde in der Wintersession 2020 vom Parlament mit Bundesbeschluss vom 18. Dezember 2020 (AB 2020 1439) verabschiedet. Bei der Behandlung der Gesetzesänderungen hat das Parlament Verbesserungen betreffend die Aufsichtsfunktion des Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten, der Datensicherheit und der Zusammenarbeit mit den kantonalen und den

europäischen Stellen vorgenommen. Ausserdem hat das Parlament Ausnahmen bei der Erfassung und Lieferung von biometrischen Daten in die Vorlage eingefügt, welche vom Bundesrat unterstützt wurden. Mit diesen Anpassungen werden die in der Schweiz geltenden Vorschriften über den Schutz der Persönlichkeit und des Datenschutzes vollauf gewahrt.

Die Schweizer Wirtschaft befürwortet das Schengen-Assoziierungsabkommen und hat ein grosses Interesse an dessen Weiterführung sowie daraus folgend an der reibungslosen Übernahme des Schengener Besitzstands. Dank der Teilnahme an Schengen kann sich die Schweiz am Schengen-Visum beteiligen. Dies kommt insbesondere dem Schweizer Tourismus zugute. Aber auch Schweizer Unternehmen profitieren enorm von der Reisefreiheit im Schengen-Raum.

Der Beitritt zum Schengen-Raum hat der Schweiz dank der grenzüberschreitenden Polizeizusammenarbeit auch mehr Sicherheit gebracht. Gerade das Schengener Informationssystem (SIS) ist dabei ein zentrales Instrument für die tägliche Fahndungsarbeit der Sicherheitsbehörden und der Schweizer Polizei. Es leistet einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. 2017 gab es gemäss dem Bundesamt für Polizei fedpol insgesamt mehr als 17'000 Fahndungstreffer. Um dieses Niveau an Sicherheit auch ohne Schengen-Mitgliedschaft zu gewährleisten, müsste die Schweiz laut einer Studie des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) pro Jahr zusätzliche 500 Millionen Franken aufwenden.

Auch wenn der erläuternde Bericht des BR (S. 52) davon ausgeht, dass die vorliegenden Verordnungsanpassungen weder finanzielle noch personelle Auswirkungen auf den Bund und die Kantone haben, erwartet die Wirtschaft vom Bundesrat eine möglichst effiziente und kostengünstige Umsetzung der Anpassungen.

Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit, die Sie unseren Bemerkungen entgegenbringen und bitten Sie, unsere Anliegen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse



Dr. Jan Atteslander
Mitglied der Geschäftsleitung



François Baur
Head European Affairs

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Staatssekretariat für Migration, Stabsbereich Recht
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

Bern, 27. April 2021
SIS-VO / JG

Per Mail an

sandrine.favre@sem.admin.ch; helena.schaer@sem.admin.ch
ariane.studer@fedpol.admin.ch; simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme der SIS-Verordnungen (EU) 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) und der Anpassung des BGIAA zur Erstellung einer umfassenden Statistik im Rückkehrbereich

Stellungnahme der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

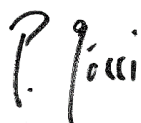
Die kontinuierliche Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Polizei-, Grenzschutz- sowie Migrationsbereich ist für ein Land im Herzen Europas unabdingbar und umso wichtiger geworden, aufgrund der veränderten Bedrohungslage sowie der neuen Herausforderungen der irregulären Migration. Dementsprechend begrüsst die FDP.Die Liberalen die dargelegte Verordnung. Die Assoziierung der Schweiz an Schengen/Dublin erhöht nicht nur die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung, sondern bringt auch klare volkswirtschaftliche und finanzielle Vorteile.

Die FDP hat die Weiterentwicklung des Schengener Informationssystems bereits zu Beginn des parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens, im Jahr 2020, unterstützt. Es ist zentral, dass ein System, welches mit 300'000 bis 350'000 täglichen Suchanfragen für die Schweizer Behörden unverzichtbar ist, laufend aktualisiert wird und entsprechend auf einem soliden regulatorischen Fundament fusst. Die Neuerungen führen, unter anderem, zu einer Harmonisierung der nationalen Verfahren zur Nutzung des Systems, insbesondere bei Straftaten mit Terrorismusbezug und bei Kindesentführung durch einen Elternteil. Des Weiteren werden die Sachfahndungs- und Identifikationskategorien erweitert und das System für ein automatisiertes Abgleichen des Gesichtsbilds mit dem Ausweisbild an den Schengen-Aussengrenzen vorbereitet. Die Europäische Grenz- und Küstenwache (Frontex) erhält einen eigenen Zugriff, und die europäische Strafverfolgungsbehörde Europol wird mit zusätzlichen Zugriffsrechten versehen. Einreiseverbote, die den Schengenraum betreffen, sind neu zwingend im System zu erfassen. Die FDP unterstützt unter den gegebenen datenschutzrechtlichen Schranken diese Ausweitung, die mit diesen Verordnungsanpassungen in Kraft treten sollen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Die Generalsekretärin



Petra Gössi
Nationalrätin



Fanny Noghero



Per Email an:
sandrine.favre@sem.admin.ch
helen.schaer@sem.admin.ch
ariane.studer@fedpol.admin.ch
simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

**Sozialdemokratische Partei
der Schweiz**

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch

Bern, 20. April 2021

**Stellungnahme zu den Verordnungen aufgrund der Übernahme
der SIS-Verordnungen (EU) 2018/1860, 2018/1861 und
2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands)
und der Anpassung des BGIAA zur Erstellung einer umfassenden
Statistik im Rückkehrbereich**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

Zusammenfassung

Die SP unterstützt die Umsetzung der Schengener Informationssystem (SIS)-Verordnungen (EU) 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 grundsätzlich. Allerdings hat sich bei der Definition der terroristischen Straftaten bzw. bei der Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/541 eine Unschärfe mit weitreichenden Konsequenzen eingeschlichen: Im Entwurf der Umsetzung dieser EU-Richtlinie im schweizerischen Recht fehlt das kontextuelle Element (Handlungen, welche «*durch die Art ihrer Begehung oder den jeweiligen Kontext ein Land oder eine internationale Organisation ernsthaft schädigen können...*» - siehe Art. 3 Abs. 1 EU-Richtlinie 2017/541). Ohne dieses kontextuelle Element wären terroristische Straftaten im schweizerischen Recht viel zu weit definiert, was zu absurden Resultaten führen würde. Die Definition der terroristischen Straftaten muss deshalb zwingend präzisiert werden.

Zudem ist eine Anpassung von Art. 9 Bst. p der N-SIS-Verordnung, welche explizit eine Verhältnismässigkeitsprüfung erwähnen sollte, angezeigt.

Die Definition der terroristischen Straftaten ist zu unscharf: Art. 2 Bst. o N-SIS-Verordnung und Anhang 1a: Straftaten nach schweizerischem Recht, die denjenigen der Richtlinie (EU) 2017/541 entsprechen oder gleichwertig sind (terroristische Straftaten)

Die vorgeschlagene Definition der terroristischen Straftaten im schweizerischen Recht entspricht nicht derjenigen der Richtlinie (EU) 2017/541. Die Straftaten an sich wurden zwar korrekt übertragen, jedoch fehlt das essenzielle Element des Kontexts. Denn gewisse Straftaten können nur als terroristische Straftaten gelten, wenn der in Art. 3 Abs. 1 und 2 der EU-Richtlinie 2017/541 erwähnte Kontext gegeben ist:

Art. 3 Abs. 1 EU-Richtlinie 2017/541 lautet: „Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die folgenden vorsätzlichen Handlungen entsprechend ihrer Definition als Straftaten nach den nationalen Rechtsvorschriften, die durch die Art ihrer Begehung oder den jeweiligen Kontext ein Land oder eine internationale Organisation ernsthaft schädigen können, als terroristische Straftaten eingestuft werden, wenn sie mit einem der in Absatz 2 aufgeführten Ziele begangen werden.“

Art. 3 Abs. 2 der EU-Richtlinie 2017/541 ergänzt das kontextuelle Element: «Die in Absatz 1 genannten Ziele bestehen darin, a) die Bevölkerung auf schwerwiegende Weise einzuschüchtern; b) öffentliche Stellen oder eine internationale Organisation rechtswidrig zu einem Tun oder Unterlassen zu zwingen; c) die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu destabilisieren oder zu zerstören.»

Im Anhang 1a der N-SIS-Verordnung (siehe auch S. 25 des erläuternden Berichts) fehlt dieses kontextuelle Element jedoch gänzlich: Es bräuchte also keine Möglichkeit einer ernsthaften Schädigung eines Landes oder einer internationalen Organisation. Ohne dieses Element könnte z.B. eine Vorbereitungshandlung zu einer schweren Körperverletzung in einer Bar bereits als eine terroristische Straftat angesehen werden («strafbare Vorbereitungshandlungen (Art. 260^{bis} StGB)» sind in der Liste im Anhang 1a unter Punkt 4 aufgeführt. Darunter fallen z.B. nach Art. 260^{bis} Bst. c StGB Vorbereitungshandlungen zu schwerer Körperverletzung). Dies wäre natürlich absurd. Das in Art. 3 Abs. 1 und 2 der EU-Richtlinie 2017/541 erwähnte kontextuelle Element ist deshalb im Anhang 1a (zur Konkretisierung des Begriffs in Art. 2 Bst. o N-SIS) zwingend aufzuführen.

Als Gegenargument zu den hier skizzierten Bedenken könnte vorgebracht werden, dass eine explizite Erwähnung des kontextuellen Elements nach einer teleologischen oder systematischen Auslegung nicht notwendig sei. Bereits der Titel von Anhang 1a «Straftaten nach schweizerischem Recht, die denjenigen der Richtlinie (EU) 2017/541

entsprechen oder gleichwertig sind (terroristische Straftaten))», so das Gegenargument, enthalte einen Verweis auf die relevante EU-Richtlinie. Somit sei klar, dass das kontextuelle Element mitgelesen werden müsse. Diese juristische Auslegung ist nachvollziehbar, jedoch alles andere als offensichtlich. Systematische und vor allem teleologische Interpretationen sind bekanntlich unscharf. Die Definition von terroristischen Straftaten muss jedoch so klar wie möglich formuliert sein. Jegliche juristische Unschärfen sind zu vermeiden. Es ist deshalb angezeigt, das kontextuelle Element neben der Auflistung der strafbaren Handlungen explizit im Anhang 1a – und an allen anderen Stellen im Schweizer Recht, an denen die Liste der terroristischen Straftaten wiederholt wird – zu erwähnen.

An dieser Stelle wird von der Auflistung der weitreichenden Konsequenzen einer Unterlassung der Erwähnung des kontextuellen Elements abgesehen (wie dies z.B. bei Art. 9b Abs. 2 N-SIS-Verordnung der Fall wäre). Für die SP muss die Definition terroristischer Straftaten so präzise wie möglich formuliert sein. Ohne eine präzisere Formulierung dieser Definition kann die SP dem vorliegenden Entwurf nicht zustimmen.

Verhältnismässigkeitsprüfung: Art. 9 Bst. p N-SIS-Verordnung

Art. 9 Bst. p der N-SIS Verordnung lautet: „Das SIRENE-Büro ist mit folgenden Aufgaben betraut: (...) p. Es ist zuständig für die Überprüfung der Qualität der eingegebenen Daten.“ Auf Seite 15 des erläuternden Berichts wird diese Norm konkretisiert: „Gemäss Buchstabe p überprüft das SIRENE-Büro auch die Qualität der eingegebenen Daten. Hier geht es insbesondere um die Prüfung, ob die Verhältnismässigkeit der Ausschreibung gegeben ist (...)“. Es stellt sich die Frage, ob die „Überprüfung der Qualität“ der eingegebenen Daten als Verhältnismässigkeitsprüfung verstanden werden kann. Dass eine solche Verhältnismässigkeitsprüfung durchgeführt wird, ist zu begrüssen. Diese müsste jedoch explizit in Art. 9 Bst. p N-SIS Verordnung erwähnt werden, anstatt nur auf S. 15 des erläuternden Berichts.



Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Mattea Meyer
Co-Präsidentin

Cédric Wermuth
Co-Präsident

Severin Meier
Politischer Fachsekretär



Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Per Mail: sandrine.favre@sem.admin.ch
helena.schaer@sem.admin.ch
ariane.studer@fedpol.admin.ch
simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

Bern, 8. April 2021

Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zu den Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA Stellung nehmen zu können.

Aus Sicht des Schweizerischen Städteverbands, der die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung vertritt, sind die vorgeschlagenen Anpassungen zu begrüßen, auch wenn den zuständigen Behörden dadurch ein gewisser Mehraufwand entstehen wird.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband
Präsident

Kurt Fluri, Nationalrat
Stadtpräsident Solothurn

Direktorin

Renate Amstutz

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Département fédéral de justice et police
Palais fédéral Ouest
3003 Berne

Par courrier électronique :
sandrine.favre@sem.admin.ch
helena.schaer@sem.admin.ch
ariane.studer@fedpol.admin.ch
simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

Berne, le 19 avril 2021

Modifications d'ordonnances en vue de la mise en œuvre des règlements SIS (UE) 2018/1860, 2018/1861 et 2018/1862 (développements de l'acquis de Schengen) et d'une modification de la LDEA

Réponse de l'UDC Suisse à la procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Mesdames et Messieurs,

L'UDC Suisse vous remercie de l'avoir consultée au sujet de l'objet cité en titre. Après avoir examiné les détails du projet, elle a l'avantage de se prononcer comme suit :

Malgré la persistance de certains désaccords de fond, l'UDC accepte globalement les modifications apportées, en particulier en ce qui concerne l'enregistrement des expulsions pénales dans le SYMIC et les statistiques complètes sur le retour des étrangers.

L'UDC se félicite de l'inscription des décisions de renvoi dans le SYMIC et du signalement obligatoire de toutes les interdictions d'entrée. De même, l'inscription obligatoire dans le SIS des personnes liées au terrorisme est à saluer, ainsi que la possibilité d'y inscrire les personnes risquant d'être victimes d'enlèvement, de mutilations génitales, de mariage forcé, de trafic d'être humain ou d'infractions similaires. L'UDC souhaite que les autorités suisses saisissent cette occasion afin de combattre des phénomènes trop présents en Suisses, en particulier les mariages d'enfants, souvent forcés.

Toutefois, les réserves que l'UDC avait exprimées à diverses reprises concernant certains aspects du développement de l'acquis Schengen demeurent entières. En particulier, le manque de solutions concernant les terroristes ressortissants d'Etats participants ou radicalisés dans ces derniers reste flagrant, et cela malgré les coûts élevés consentis par la

Suisse. Il est aussi à déplorer que le Conseil fédéral et le parlement n'aient pas souhaité préserver la souveraineté suisse face au développement dynamique du droit européen lors de la session d'hiver.

L'UDC Suisse espère une application aussi responsable que possible quant aux conséquences financières, en particulier pour les cantons. Elle veillera notamment à ce que les dépenses consenties ne soient pas déconnectées des apports réels.

Réitérant ses remerciements de l'avoir associée à cette consultation, l'UDC Suisse vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, Mesdames et Messieurs, à l'assurance de sa considération.

Avec nos meilleures salutations

UNION DÉMOCRATIQUE DU CENTRE

Le président du parti



Marco Chiesa

Conseiller aux Etats

Le secrétaire général



Peter Keller

Conseiller national

Sabine Fankhauser
AsyLex
Gotthardstrasse 52
8002 Zürich
info@asylex.ch

Frau Bundesrätin
Karin Keller-Sutter
Vorsteherin des Eidgenössischen
Justiz- und Polizeidepartements
EJPD
Bundeshaus West
CH-3003 Bern

sandrine.favre@sem.admin.ch
helena.schaer@sem.admin.ch
ariane.studer@fedpol.admin.ch
simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

Zürich, 20. April 2021

Vernehmlassung: Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,

Sehr geehrte Damen,

Im Namen des Vereins AsyLex bedanken wir uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu den Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) sowie zur Änderung des BGIAA.

Nachfolgend finden Sie unsere detaillierte Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen



Sabine Fankhauser
Co-Head Public Relations AsyLex

Stellungnahme zu den Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen- Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA

1. Grundsätzliche Vorbemerkungen

Generell nehmen wir zum Schengener Informationssystem (SIS) sowie den Verordnungen 2018/1861 («SIS Grenze») und 2018/1860 («SIS Rückkehr») eine kritische Haltung ein. Die Verordnungen sind besonders mit Blick auf den Datenschutz bedenklich. Der intensivierte Informationsaustausch ohne supranationale Kontrolle über die Datenschutzrechte birgt ein erhöhtes Missbrauchsrisiko. Da die Daten sensibel und höchstpersönlich sind, muss der Zugriff auf jeden einzelnen Datensatz sorgfältig abgewogen werden. Bisher hat die Schweiz in Zusammenarbeit mit den Schengen-Staaten jedoch keine Massnahmen ergriffen, genügend Voraussetzungen für einen besseren Datenschutz zu treffen. Aufgrund der Erweiterungen des SIS sind solche Massnahmen jedoch absolut notwendig und unmittelbar zu treffen.

Mit den Neuerungen bezüglich der Eingaben einer Ausschreibung im SIS (Verordnung «SIS Grenze» Art. 24, 25 und 26) verschlechtert sich die Lage für Asylsuchende und abgewiesene Asylbewerbende. Ebenfalls vereinfacht die neue Verordnung «SIS Rückkehr» Wegweisungen in den Heimat- oder Herkunftsstaat drastisch. Die Anwendung der neuen EU-Verordnungen darf nicht dazu führen, dass die erleichterte Wegweisung völkerrechtliche Prinzipien, wie beispielsweise das «Non-refoulement»-Gebot, insbesondere durch Ketten-Rückschiebungen, oder die Notwendigkeit diplomatischer Zusicherungen, unterwandert.

Generell sollte sich die Schweiz auf ihre humanitäre Tradition besinnen und sich für eine Verbesserung der Situation für Asylsuchende auf nationaler, aber auch europäischer und internationaler Ebene einsetzen. Wir fordern, dass die Schweiz eine verhältnismässige Umsetzung der SIS-Verordnungen anstrebt.

2. N-SIS-Verordnung

Gemäss Art. 5 Abs. 3 soll nun auch nach Lichtbildern, Gesichtsbildern, daktyloskopischen Daten oder DNA-Profilen gesucht werden können. Es soll hierbei nochmals betont werden, dass der Zugriff auf jeden einzelnen Datensatz gut abgewogen und begründet werden muss und der Datenschutz eine hohe Priorität haben muss. Die im N-SIS gespeicherten Informationen und Daten sollen zudem nur den nötigen und dafür zuständigen Behörden gegeben werden dürfen.

Weiter stehen wir dem Zugriff auf biometrische erkennungsdienstliche Daten durch Dienststellen (Art. 7 Abs. 1 Ziff. 6) kritisch gegenüber. Es stellt sich hier die Frage, wie sichergestellt wird, dass die Daten entsprechend den Vorgaben des DSG für besonders schützenswerte Daten bearbeitet werden. Die beauftragten Dienststellen sollten Daten nur insoweit einsehen können, wie dies für ihre Aufgabe notwendig ist. Nur so kann der Grundsatz der Verhältnismässigkeit im Bereich des Datenschutzes gewahrt werden.

Der Verzicht, in der Verordnung einzelne Organisationseinheiten zu nennen und stattdessen die Zugriffe aufgabenbezogen zu erwähnen (Art. 7 Abs. 1 Bst. a Ziff. 1, 5, 6, 8 und 9), stellt

unseres Erachtens eine – neben der bereits mit dieser Verordnungsanpassung umzusetzenden – potenzielle zukünftige Ausweitung der Zugriffsrechte dar. Hierzu sei nochmals eindringlich zu erwähnen, dass zwingend sichergestellt werden muss, die Zugriffsrechte und die effektiven Zugriffe auf die Daten auf das absolut notwendige Minimum zu beschränken. Neben der Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen für die Zugriffe muss auch deren Überwachung durch angemessene Kontrollmechanismen sichergestellt werden.

Die Voraussetzung, dass eine Ausschreibung zur Rückkehr nur möglich ist, wenn der entsprechende Entscheid einer Verwaltungs- oder Justizbehörde vorliegt (Art. 19a) und dieser für den gesamten Schengen-Raum gelten muss (gemäss Erläuterung), darf nicht als Vorwand genutzt werden, künftig vermehrt für den gesamten Schengen-Raum gültige Entscheide zu treffen. Hier muss zwingend sichergestellt sein, dass die “Angemessenheit, Relevanz und Bedeutung” für eine Ausschreibung im SIS klar gegeben sind.

Wir begrüßen die Möglichkeit der präventiven Ausschreibung von schutzbedürftigen Personen (Art. 28 Sachüberschrift und Bst. c). Die Voraussetzung, dass ein entsprechender Entscheid der zuständigen Behörde nach Landesrecht vorliegt, ist jedoch bedenklich. Dies, da so die Möglichkeit, potentielle Opfer von Menschenhandel, Zwangsheirat, weiblicher Genitalverstümmelung oder anderer Formen geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen, verlangsamt wird.

3. Rechtliche Aspekte

3.1 Vereinbarkeit mit internationalen Verpflichtungen der Schweiz

Dass die Verordnungsanpassungen mit den Bestimmungen des Schengen-Besitzstandes vereinbaren und es erlauben, die Schengen-Kooperation weiterhin zu gewährleisten, haben wir zur Kenntnis genommen. Nichtsdestotrotz möchten wir unsere Bedenken und Forderungen bezüglich der Übernahme dieser Verordnungen kundtun.

3.2 Datenschutz

Wie bereits erwähnt, sind die Neuerungen auch betreffend Datenschutz bedenklich. Bereits in vergangenen Stellungnahmen¹ haben wir uns kritisch zum SIS und anderen (insbesondere supranationalen) Informationssystemen geäußert. Bei den voranstehenden Änderungen sollen Dienststellen Zugriffsmöglichkeiten bekommen und die Dateneinsicht geht in vielerlei Hinsicht zu weit. Aufgrund dessen fordern wir, dass die Persönlichkeit der Betroffenen geschützt wird und die beauftragten Dienststellen Daten nur insoweit einsehen können, wie dies für ihre Aufgabe notwendig ist. Die Diskriminierung von Drittstaatsangehörigen in Sachen Datenschutz ist eine nicht hinnehmbare Grundrechtsverletzung.

¹ Vgl. u.a. Stellungnahme zur Übernahme und Umsetzung der Rechtsgrundlagen zur Nutzung des Schengener Informationssystems (SIS) (Verordnungen [EU] 2018/1862, [EU] 2018/1861 und [EU] 2018/1860) (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands); und Änderung des BGIAA zur Registrierung der Landesverweisung im ZEMIS sowie zur Verbesserung der Statistik über Rückkehrentscheide sowie Stellungnahme zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2020/493 sowie zu der einhergehenden Gesetzesänderung.

EINGANG GEVER SEM

2021 -04- 01

Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement

- 1. April 2021

No. _____



Die Präsidentenkonferenz

Postfach, 9023 St. Gallen
Telefon +41 58 465 27 27
Registratur-Nummer: 024.1
Geschäfts-Nummer: 2021-013

A-Post

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundeshaus West
3003 Bern

PDF- und Word-Version per E-Mail an:

Sandrine.favre@sem.admin.ch
Helena.schaer@sem.admin.ch
Ariane.studer@fedpol.admin.ch
Simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

St. Gallen, 30. März 2021 / rmh

Vernehmlassung: Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung vom 13. Januar 2021 zur Stellungnahme im oben erwähnten Vernehmlassungsverfahren danken wir Ihnen bestens. Wir haben den Entwurf mit Interesse zur Kenntnis genommen.

Das Bundesverwaltungsgericht nimmt Kenntnis von den eingangs erwähnten Übertrag der Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA.

Das Bundesverwaltungsgericht verzichtet auf eine Stellungnahme. Wir bitten Sie, bei der Auswertung der Vernehmlassung die Antwort des Bundesverwaltungsgerichts als Enthaltung und nicht als Zustimmung auszuweisen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Vorsitzende der
Präsidentenkonferenz



David Weiss



Der stellvertretende
Generalsekretär



Bernhard Fasel

Kopie an:

- Bundesgericht
- Bundesstrafgericht
- Bundespatentgericht



Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia

Per Mail an:

sandrine.favre@sem.admin.ch
helena.schaer@sem.admin.ch
ariane.studer@fedpol.admin.ch
simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

Bern, 14.04.2021

05.05.06.02 sro

Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) wurde eingeladen, zur oben erwähnten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen dafür bestens.

Der Vorstand KKJPD hat in seiner Sitzung vom 5. Februar 2021 beschlossen, auf eine Stellungnahme im Namen der KKJPD zu verzichten und es den einzelnen Kantonen zu überlassen, sich zur Vorlage zu äussern.

Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse



Roger Schneeberger
Generalsekretär



KONFERENZ DER KANTONALEN **POLIZEIKOMMANDANTEN**

Der Präsident

Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement
EJPD; Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter

Per Email an:

sandrine.favre@sem.admin.ch

helena.schaer@sem.admin.ch

ariane.studer@fedpol.admin.ch

simon.rusterholz@fedpol.admin.ch

Bern, 14. April 2021

Vernehmlassung zur Verordnungsanpassung zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklung des Schengen Besitzstandes) sowie zur Änderung des BGIAA

Sehr geehrte Damen und Herren

Danke für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den vom EJPD vorgelegten Verordnungsänderungen. Die KKPKS beschränkt sich auf die Regelungen, die für die polizeilichen Interessen relevant sind. Insgesamt unterstützt die KKPKS diese Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes zum SIS. Soweit es um die Übernahme der vorliegenden europäischen Verordnungen geht, besteht aus unserer Sicht kein Handlungsspielraum, weshalb keine Änderungen oder Ergänzungen angebracht werden. Betreffend die nationale Umsetzung kann angemerkt werden, dass bei jenen Bestimmungen, bei welchen Spielraum besteht, diese im vorgeschlagenen Sinne grundlegend unterstützt wird. Lediglich folgende Anmerkungen sind unsererseits anzubringen:

Zur N-SIS Verordnung:

Art. 7 Zugriffsberechtigte Behörden:

Abs. 1 Bst. e, Eidgenössische Zollverwaltung, wird nach Inkrafttreten der BAZG VG an die geänderten Strukturen der EZV anzupassen sein oder mit den Aufgaben umschrieben werden. Das Grenzwachtkorps (Ziff. 1) z.B. wird unter diesem Begriff nicht mehr existieren.

Anhang 1a: Straftaten nach schweizerischem Recht, die denjenigen der Richtlinie (EU) 2017/54142 entsprechen oder gleichwertig sind (terroristische Straftaten)

Damit eine Kongruenz innerhalb der Straftatbestände, welche als terroristisch zu bezeichnen sind, hergestellt werden kann, sollte der Strafraumen bei den Straftatbeständen gemäss Art. 258 StGB, Art. 260 StGB sowie Art. 259 Abs. 1 und Abs. 2 StGB angepasst werden. Die genannten Bestimmungen müssten neu ebenfalls als Verbrechen gemäss Art. 10 Abs. 2 StGB eingestuft werden und nicht wie heute als Vergehen.

CONFERENCE DES **COMMANDANTS DES POLICES** CANTONALES (CCPCS)

CONFERENZA DEI **COMANDANTI DELLE POLIZIE** CANTONALI (CCPCS)

Generalsekretariat, Haus der Kantone, Speichergasse 6, 3011 Bern, Telefon: 031 512 87 20, info@kkpks.ch

Der Präsident**Anhang 3: Zugriffs- und Bearbeitungsrechte betreffend die in SIS gespeicherten Daten;****Ziff. 1 Bst. e:**

Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die kantonalen Strafverfolgungsbehörden keine Ausschreibungen betreffend verdeckte Registrierung, gezielte Kontrolle und Ermittlungsanfragen bearbeiten dürfen. Nach der vorgelegten Regelung dürften sie lediglich abfragen. Kantone, die dazu eine rechtliche Grundlage in ihren Gesetzen haben, müssen auch selber ausschreiben können, wie es in fast allen anderen Fällen der Personenfahndung in der Zuständigkeit der Strafverfolgungsbehörden auch vorgesehen ist (Ausnahme Auslieferung). «A» für Abfragen sollte auf «B» für Bearbeiten geändert werden.

Zur RIPOL Verordnung:**Art. 4 Zur Meldung und Eingabe berechnigte Behörden:**

Abs. 1 Bst. d: die Behörde «Oberzolldirektion» wird es ab dem Inkrafttreten der BAZG VG nicht mehr geben. Diese Bestimmung müsste zum Zeitpunkt der Einführung der geänderten Strukturen der Eidgenössischen Zollverwaltung angepasst werden.

Anhang 1: Berechnigung zur Bearbeitung oder Ansicht von RIPOL-Daten

Allgemeine Bemerkung: Im Unterschied zur N-SIS Verordnung werden hier die Abkürzungen «A» für Ansicht und «M» für Mutation verwendet. Dabei geht es um dieselben Rechte, was auch im Titel des Anhangs zum Ausdruck kommt: «Bearbeitung» oder «Ansicht». Im Sinne der Vereinheitlichung mit der N-SIS Verordnung wäre der Wechsel zu «A» für Ansicht und «B» für Bearbeiten (anstelle von «M» für Mutation) sinnvoll. Auch in der ZEMIS Verordnung werden übrigens die Abkürzungen «A» und «B» verwendet.

Ziff. 1 Bst. a Zeile 14, Ausweis, -nummer etc.:

Die Kantonspolizeien haben nach dieser Liste lediglich die Berechnigung «A», Ansicht, wogegen die Gemeinde-, Stadt- und Regionalpolizeien Mutationsrechte haben, «M». Dabei dürfte es sich wohl um ein Verschreiben handeln. Die Kantonspolizeien müssten sicher zu Ausschreibungen auch Ausweisdaten erfassen können.

Zur ZEMIS Verordnung:

Aus polizeilicher Sicht keine Bemerkungen.

Zur Verordnung über die Bearbeitung biometrischer erkennungsdienstlicher Daten:

Aus polizeilicher Sicht keine Bemerkungen.



KONFERENZ DER KANTONALEN **POLIZEIKOMMANDANTEN**

Der Präsident

Zur Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit:

Aus polizeilicher Sicht keine Bemerkungen.

Anmerkung zum gesetzgeberischen Handlungsbedarf in den Kantonen:

In Art. 33 der N-SIS Verordnung wird neu die Ausschreibung zur Ermittlungsanfrage (Befragung einer gesuchten Person mit Fragen gemäss der SIS-Ausschreibung) eingeführt. Diese Ausschreibungsform ist – wie die verdeckte Registrierung und die gezielte Kontrolle auch – «nur zulässig, soweit das Bundesrecht oder das kantonale Recht diese zur Strafverfolgung, zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder zur Wahrung der inneren oder äusseren Sicherheit der Schweiz vorsieht». Um dieses Instrument zu präventiven Zwecken einsetzen zu können müssen in den Kantonen zuerst entsprechende gesetzliche Grundlagen geschaffen werden (Revision der Polizeigesetze).

Freundliche Grüsse

Der Präsident

Mark Burkhard, Kdt Polizei Basellandschaft

Kopie: Mitglieder KKKKS



VKM | ASM |
Vereinigung der Kantonalen Migrationsbehörden
Association des services cantonaux de migration
Associazione dei servizi cantonali di migrazione

Geschäftsstelle
Amt für Bevölkerungsdienste
Corinne Karli
Ostermundigenstrasse 99B
CH-3006 Bern

Telefon +41 31 633 42 99
Fax +41 31 633 55 86
info@vkm-asm.ch
www.vkm-asm.ch

Vereinigung der Kantonalen Migrationsbehörden,
Ostermundigenstrasse 99B, CH-3006 Bern

Per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJPD
Staatssekretariat für Migration SEM
Quellenweg 6, 3003 Bern-Wabern

(Per E-Mail an: sandrine.favre@sem.admin.ch [he-
lena.schaer@sem.admin.ch](mailto:he-
lena.schaer@sem.admin.ch) [ariane.studer@fed-
pol.admin.ch](mailto:ariane.studer@fed-
pol.admin.ch) simone.rusterholz@fedpol.admin.ch)

Ihr Zeichen
Ihre Mitteilung vom
Unser Zeichen
Zuständig

13. Januar 2021
MS/sigr
Corinne Karli

Bern, 15. April 2021

Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA

Sehr geehrte Frau Favre
Sehr geehrte Frau Schaer
Sehr geehrte Frau Studer
Sehr geehrte Frau Rusterholz

Die Vereinigung der Kantonalen Migrationsbehörden (VKM) dankt Ihnen für die Möglichkeit, zu den Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA Stellung nehmen zu können.

Das Schengener Informationssystem (SIS) soll mittels Änderung/Anpassung dreier EU-Verordnungen (EU-Verordnung SIS Polizei, EU-Verordnung SIS Grenze und EU-Verordnung SIS Rückkehr) weiter ausgebaut und optimiert werden. Die (termingerechte) Umsetzung der vorgenannten EU-Verordnungen bedingt ihrerseits die Anpassung und Konkretisierung verschiedener Verordnungen auf nationaler Ebene, namentlich der N-SIS-Verordnung, der RIPOL-Verordnung, der ZEMIS-Verordnung, der Verordnung über die Bearbeitung biometrischer erkennungsdienstlicher Daten sowie der VZAE. Diese bilden den Gegenstand der vorliegenden Vernehmlassung.

Wenngleich es sich vorliegend um eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes handelt, zu deren Übernahme sich die Schweiz ohnehin verpflichtet hat, begrüsst ein Grossteil der VKM-Mitglieder die Vorlage. Die vorgesehenen Massnahmen sind grundsätzlich geeignet, zu einer Verbesserung der Kontrolle der Schengener Aussengrenzen und Verhinderung irregulärer Einwanderung sowie zu einer Erleichterung der Steuerung der Migrationsströme beizutragen. Zudem soll die Inbetriebnahme des ESS gemäss der Vorlage zur Verhütung, Aufdeckung und Ermittlung terroristischer oder sonstiger schwerer Straftaten beitragen, was selbstverständlich auch von Seiten der VKM unterstützt wird.

Darüber hinaus wird insbesondere mit der Registrierung der Landesverweisungen im Zentralen Migrationsinformationssystem (ZEMIS) sowie der kantonalen Ausschreibungen zur Rückkehr oder

zur Einreiseverweigerung (über das ZEMIS im N-SIS) dazu beigetragen, dass inskünftig umfassende statistische Auswertungen erstellt werden können, was bisher nur eingeschränkt möglich war.

Obwohl die Vorlage gemäss dem erläuternden Bericht weder für den Bund noch die Kantone finanzielle oder personelle Auswirkungen zeitigt, wird dies gemäss Einschätzung der VKM-Mitglieder – zumindest aus dem Blickwinkel der Kantone – stark bezweifelt. Aufgrund der zunehmenden Komplexität in der Bereitstellung der erforderlichen Daten sowie der Sicherstellung der Wahrung der Rechte der ausgeschriebenen Drittstaatsangehörigen ist vielmehr mit nicht unerheblichem Mehraufwand zu rechnen. So anerkennt sogar der erläuternde Bericht, dass die kantonalen Migrationsbehörden die für eine SIS-Ausschreibung erforderlichen Daten bereitstellen müssen; dies, obschon die Erfassungsarbeit aufgrund der Menge erforderlicher (Mindest-) Angaben/Daten (u.a. auch die PCN- und AFIS-Daten, Ausschreibungsgrund, zu ergreifende Massnahmen, daktyloskopische Daten und Gesichtsbilder etc.) zunehmend zeitaufwändiger wird. Obendrein müssen die kantonalen Behörden eine strenge Verfolgung ihrer Rückkehrentscheide sicherstellen, damit auch die notwendigen Änderungen im ZEMIS vorgenommen werden können.

Insgesamt werden die neu gestellten Aufgaben für die Kantone mit Sicherheit zu bedeutenden Mehraufwänden sowohl in finanzieller als auch personeller Hinsicht führen, welche sich heute noch nicht beziffern lassen. Eine Behebung dieser Informationslücken bzw. eine genauere Bezifferung wäre aus Sicht der VKM zu begrüßen. Spätestens sobald die Ausführungsbestimmungen und der Termin des In-Kraft-Tretens für die Verordnungsanpassungen bekannt sind, müssen die Ressourcen und die Verortung der Mehraufwände in den kantonalen Migrationsbehörden überprüft werden.

Im Zusammenhang mit den Mehraufwänden weisen sodann zwei Mitglieder darauf hin, dass bereits im Rahmen der Einführung der Bestimmungen zur Landesverweisung und im Vernehmlassungsverfahren zur Umsetzung der Rechtsgrundlagen für die Herstellung der Interoperabilität zwischen EU-Informationssystemen in den Bereichen Grenze, Migration und Polizei gefordert wurde, dass der Bund die notwendigen Schnittstellen zwischen den Systemen (VOSTRA, ZEMIS, RIPOL, SIS, EES) implementiert. Obschon vom Bund zunächst in Aussicht gestellt, ist derselbe diesem Anliegen bis dato nicht nachgekommen. Die für den Vollzug der Landesverweisungen zuständigen Behörden müssen die Daten der Landesverweisungen für deren Ausschreibung im SIS weiterhin manuell erfassen, trotzdem diese im VOSTRA enthalten sind (nArt. 19b Abs. 1 N-SIS-Verordnung). Eine Schnittstelle zwischen VOSTRA und ZEMIS wird voraussichtlich frühestens ab 2021 mit newVOSTRA verfügbar sein. Insofern besteht das Risiko, dass die neuen Bestimmungen eingeführt werden, ohne dass die dafür erforderliche Informatikstruktur bereitsteht. Aus diesem Grund fordern die VKM-Mitglieder, dass bei Einführung der innerstaatlichen Bestimmungen die entsprechende Informatik zur Verfügung steht bzw. die erforderliche Schnittstelle zwischen VOSTRA und ZEMIS errichtet wird, damit der Aufwand der Kantone von Beginn an möglichst geringgehalten werden kann.

Zu den konkret vorgesehenen Verordnungsänderungen haben wir sodann lediglich zu nArt. 15a der NSIS-Verordnung die nachfolgende Bemerkung.

nArt. 15 NSIS-Verordnung

Die Migrationsbehörden sowie die für den Vollzug der Landesverweisung zuständigen Behörden haben dem SIRENE-Büro mit der Ausschreibung im SIS die nach nArt. 19d und Art. 22a N-SIS-Verordnung erforderlichen Dokumente zu übermitteln. Zudem müssen die Voll-

zugsbehörden ihre Erreichbarkeit sicherstellen, d.h. spätestens zwölf Stunden nach Eingang der Anfrage des SIRENE-Büros reagieren (nArt. 19b Abs. 5 und Art. 21 Abs. 3 N-SIS-Verordnung).

Bereits im Rahmen der Einführung von Art. 21 Abs. 3 N-SIS-Verordnung haben wir darauf hingewiesen, dass die kantonalen Migrationsämter nicht in der Lage sind, jederzeit innerhalb von zwölf Stunden zu reagieren. Dies wäre nur möglich, wenn sie übers Wochenende einen Pikettdienst einrichten würden. Deshalb wurde vereinbart, dass das Staatssekretariat für Migration (SEM) diese Aufgabe übernimmt. In nArt. 15a Abs. 1 N-SIS-Verordnung wird dies nun kodifiziert, was wir begrüßen. In den Absätzen 2 und 3 wird ergänzend aufgenommen, dass das SEM von den ausschreibenden Behörden Zusatzinformationen einholen kann, wobei es die fristgerechte Information ans SIRENE-Büro sicherstellt. Diese Bestimmungen dürfen nicht dazu führen, dass für die kantonalen Migrationsämter gewissermassen über die Hintertüre eine Verpflichtung entsteht, jederzeit innert zwölf Stunden zu reagieren. Aus diesem Grund sind die Absätze 2 und 3 zu tauschen und der heutige Absatz 2 von nArt. 15a N-SIS-Verordnung wie folgt zu formulieren:

«Bei Bedarf kann das SEM von den ausschreibenden Behörden Zusatzinformationen einholen. Diese stellen eine möglichst zeitnahe Auskunftserteilung sicher».

Abschliessend bitten wir Sie nach dem Gesagten unsere Anliegen und Bemerkungen zu berücksichtigen und stehen Ihnen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Marcel Suter
Präsident

Kopie

- GS KKJPD
- Vorstandsmitglieder VKM
- Philipp Sigron

Przybylo Aleksandra SEM

Von: Duvillard André GS-VBS
Gesendet: Montag, 19. April 2021 09:13
An: _SEM-Vernehmlassung SBRE; _SEM-SB Recht Sekretariat
Betreff: Procédure de consultation Modifications d'ordonnances liées à la reprise des règlements (UE) 2018/1860, 2018/1861 et 2018/1862 (développements de l'acquis de Schengen) et à la modification de la LDEA visant à instaurer une statistique complète sur les ret

Bonjour,

Nous vous remercions pour nous avoir associé à la procédure de consultation pour l'objet cité en titre. Après avoir pris connaissance des différents projets, nous vous informons que nous nous rallions aux propositions du Conseil fédéral et nous n'avons aucun commentaire particulier à formuler.

Avec nos salutations les meilleures.

André Duvillard

Délégué de la Confédération et des cantons
Delegierter Bund und Kantone

Réseau national de sécurité
Sicherheitsverbund Schweiz

Maulbeerstrasse 9, 3003 Bern
Tel. 058 464 21 13
mailto: andre.duvillard@gs-vbs.admin.ch
<http://www.svs.admin.ch>

Przybylo Aleksandra SEM

Von: Maeder Sabine <maeder@arbeitgeber.ch>
Gesendet: Donnerstag, 14. Januar 2021 15:36
An: _SEM-Vernehmlassung SBRE
Betreff: Vernehmlassung / Consultation / Consultazione

Kategorien: VNL Sandrine: SIS Verordnung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die uns eingeräumte Gelegenheit zur Stellungnahme in eingangs erwähntem Geschäft.

Da dieses Thema infolge Ressortaufteilung zwischen dem Schweizerischen Arbeitgeberverband und economiesuisse in deren Zuständigkeit fällt, verzichten wir auf eine Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Sabine Maeder

Assistentin
SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
Hegibachstrasse 47
Postfach
8032 Zürich
Tel. +41 44 421 17 17
Fax +41 44 421 17 18
Direktwahl: +41 44 421 17 42
maeder@arbeitgeber.ch
<http://www.arbeitgeber.ch>

Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme der EU-Verordnungen zu SIS und der Anpassung des BGIAA zur Erstellung einer umfassenden Statistik im Rückkehrbereich

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 13. Januar 2021 hat der Bundesrat die im Titel erwähnte Vernehmlassung eröffnet und lädt Sie ein, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens bis zum 20. April 2021 Stellung zu nehmen. Weitere Details entnehmen Sie bitte den Vernehmlassungsunterlagen. Sie können über die folgende Internetadresse bezogen werden: <https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html#EJPD>

Besten Dank für Ihre wertvolle Mitarbeit. Freundliche Grüsse

Albrecht Dieffenbacher

Staatssekretariat für Migration SEM
Chef Stabsbereich Recht

Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern
Tel. (+41) 58 465 95 42
Fax (+41) 58 465 97 56
albrecht.dieffenbacher@sem.admin.ch
www.sem.admin.ch

Przybylo Aleksandra SEM

Von: Schaer Helena SEM
Gesendet: Freitag, 15. Januar 2021 11:12
An: _SEM-SB Recht Sekretariat
Cc: Favre Sandrine SEM
Betreff: WG: Vernehmlassung / Consultation / Consultazione

Kategorien: VNL Sandrine: SIS Verordnung

Von: Bühlmann Regina <R.Buehlmann@kdk.ch>
Gesendet: Donnerstag, 14. Januar 2021 19:50
An: Favre Sandrine SEM <Sandrine.Favre@sem.admin.ch>; Schaer Helena SEM <helena.schaer@sem.admin.ch>; Studer Ariane FEDPOL <ariane.studer@fedpol.admin.ch>; Rusterholz Simone FEDPOL <Simone.Rusterholz@fedpol.admin.ch>
Betreff: AW: Vernehmlassung / Consultation / Consultazione

Sehr geehrte Damen

Besten Dank für den Einbezug in die Vernehmlassung zu den *Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme der EU-Verordnungen zu SIS und der Anpassung des BGIAA zur Erstellung einer umfassenden Statistik im Rückkehrbereich*.

Gerne teile ich Ihnen mit, dass die Konferenz der Integrationsdelegierten (KID) bei dieser Vernehmlassung auf eine Stellungnahme verzichtet, jedoch daran interessiert ist, bei weiteren Vernehmlassungen, welche Integrationsfragen betreffen, weiterhin einbezogen zu werden.

Freundliche Grüsse
Regina Bühlmann

Regina Bühlmann
Wissenschaftliche Mitarbeiterin KdK, Team Innenpolitik
Geschäftsführung Konferenz der Integrationsdelegierten (KID)
(Erreichbar Mo-Do)

Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)
Haus der Kantone
Speichergasse 6 | Postfach | 3001 Bern
r.buehlmann@kdk.ch | www.kdk.ch
Tel. +41 (0) 31 320 30 07 (direkt) / Homeoffice: 079 775 82 49
Fax +41 (0) 31 320 30 20

Von: vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch <vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch>
Gesendet: Donnerstag, 14. Januar 2021 15:07
Betreff: Vernehmlassung / Consultation / Consultazione
Priorität: Hoch

Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme der EU-Verordnungen zu SIS und der Anpassung des BGIAA zur Erstellung einer umfassenden Statistik im Rückkehrbereich

Sehr geehrte Damen und Herren

Przybylo Aleksandra SEM

Von: Schaer Helena SEM
Gesendet: Freitag, 29. Januar 2021 08:55
An: _SEM-Vernehmlassung SBRE
Cc: Favre Sandrine SEM
Betreff: WG: Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme der EU-Verordnungen zu SIS und der Anpassung des BGIAA zur Erstellung einer umfassenden Statistik im Rückkehrbereich

Kategorien: VNL Sandrine: SIS Verordnung

Von: Martina Weber <Martina.Weber@zg.ch>
Gesendet: Donnerstag, 28. Januar 2021 16:24
An: Favre Sandrine SEM <Sandrine.Favre@sem.admin.ch>; Rusterholz Simone FEDPOL <Simone.Rusterholz@fedpol.admin.ch>; Studer Ariane FEDPOL <ariane.studer@fedpol.admin.ch>; Schaer Helena SEM <helena.schaer@sem.admin.ch>
Betreff: Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme der EU-Verordnungen zu SIS und der Anpassung des BGIAA zur Erstellung einer umfassenden Statistik im Rückkehrbereich

Sehr geehrte Damen

Namens der Schweizerischen Kriminalistischen Gesellschaft teile ich Ihnen mit, dass die Anpassungen zustimmend zur Kenntnis genommen werden und wir entsprechend auf eine Vernehmlassung verzichten.

Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme und freundliche Grüsse
Martina Weber

SKG | Schweizerische Kriminalistische Gesellschaft
SSDP | Société Suisse de droit pénal
Società svizzera di diritto penale

Die Sekretärin: lic.iur. Martina Weber
c/o Staatsanwaltschaft des Kantons Zug
An der Aa 4, 6300 Zug
041 728 46 00
www.skg-ssdp.ch

Przybylo Aleksandra SEM

Von: Edith Siegenthaler <geschaeftsstelle@efs.ch>
Gesendet: Donnerstag, 11. Februar 2021 11:01
An: _SEM-Vernehmlassung SBRE
Betreff: Re: Vernehmlassung / Consultation / Consultazione

Kategorien: VNL Sandrine: SIS Verordnung

Sehr geehrte Damen und Herren,
besten Dank für die Einladung. Die EFS verzichten aus Ressourcengründen auf eine Stellungnahme.
Freundliche Grüsse

Edith Siegenthaler
Leiterin Geschäftsstelle

Evangelische Frauen Schweiz
Scheibenstrasse 29
Postfach 189
3000 Bern 22

Präsenz: Mittwoch, Donnerstag, Freitag

vernehmlassungsbre@sem.admin.ch hat am 14.01.2021 15:07 geschrieben:

Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme der EU-Verordnungen zu SIS und der Anpassung des BGIAA zur Erstellung einer umfassenden Statistik im Rückkehrbereich

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 13. Januar 2021 hat der Bundesrat die im Titel erwähnte Vernehmlassung eröffnet und lädt Sie ein, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens bis zum 20. April 2021 Stellung zu nehmen. Weitere Details entnehmen Sie bitte den Vernehmlassungsunterlagen. Sie können über die folgende Internetadresse bezogen werden:

<https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html#EJPD>

Besten Dank für Ihre wertvolle Mitarbeit. Freundliche Grüsse

Albrecht Dieffenbacher

Staatssekretariat für Migration SEM
Chef Stabsbereich Recht

Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern
Tel. (+41) 58 465 95 42
Fax (+41) 58 465 97 56
albrecht.dieffenbacher@sem.admin.ch
www.sem.admin.ch

Per E-Mail an:

sandrine.favre@sem.admin.ch

helen.schaer@sem.admin.ch

ariane.studer@fedpol.admin.ch

simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

Zürich-Flughafen, 15. Februar 2021

Vernehmlassung zu den Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA

Sehr geehrte Frau Favre

Sehr geehrte Frau Schaer

Sehr geehrte Frau Studer

Sehr geehrte Frau Rusterholz

Mit Schreiben vom 13. Januar 2021 hat uns Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter zur Teilnahme an der im Titel genannten Vernehmlassung eingeladen. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir sehr schätzen, möchten wir uns bestens bedanken.

Wir haben die Unterlagen geprüft und sind zum Schluss gelangt, dass die Flughafen Zürich AG als Betreiberin der Flughafeninfrastruktur von den geplanten Änderungen nicht unmittelbar betroffen ist. Für uns besteht deshalb kein Anlass zur inhaltsbezogenen Stellungnahme. Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse



Joana Filippi
Leiterin Public Affairs



David Karrer
Senior Project Leader Public Affairs

Przybylo Aleksandra SEM

Von: Schaer Helena SEM
Gesendet: Dienstag, 23. Februar 2021 10:44
An: _SEM-Vernehmlassung SBRE
Cc: Favre Sandrine SEM
Betreff: WG: Vernehmlassung / Consultation / Consultazione zu SIS-Vorlagen

Kategorien: Erledigt

Von: Florian Düblin <florian.dueblin@ssk-cps.ch>
Gesendet: Dienstag, 23. Februar 2021 09:56
An: Favre Sandrine SEM <Sandrine.Favre@sem.admin.ch>; Schaer Helena SEM <helena.schaer@sem.admin.ch>; Studer Ariane FEDPOL <ariane.studer@fedpol.admin.ch>; Rusterholz Simone FEDPOL <Simone.Rusterholz@fedpol.admin.ch>
Betreff: AW: Vernehmlassung / Consultation / Consultazione zu SIS-Vorlagen

Geschätzte Damen

Wir danken für die Einladung zur Stellungnahme in unten erwähnter Angelegenheit. Gerne teilen wir Ihnen mit, dass unsere Konferenz keine Bemerkungen hat und die Vorlage begrüsst.

Mit bestem Gruss

Florian Düblin

Generalsekretär SSK | E-Mail: florian.dueblin@ssk-cps.ch | Tel.: +41 31 301 01 50 | www.ssk-cps.ch



Von: vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch <vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch>

Gesendet: Donnerstag, 14. Januar 2021 15:07

Betreff: Vernehmlassung / Consultation / Consultazione

Priorität: Hoch

Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme der EU-Verordnungen zu SIS und der Anpassung des BGIAA zur Erstellung einer umfassenden Statistik im Rückkehrbereich

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 13. Januar 2021 hat der Bundesrat die im Titel erwähnte Vernehmlassung eröffnet und lädt Sie ein, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens bis zum 20. April 2021 Stellung zu nehmen. Weitere Details entnehmen Sie bitte den Vernehmlassungsunterlagen. Sie können über die folgende Internetadresse bezogen werden: <https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html#EJPD>

Besten Dank für Ihre wertvolle Mitarbeit. Freundliche Grüsse

Albrecht Dieffenbacher

Przybylo Aleksandra SEM

Von: Schaer Helena SEM
Gesendet: Mittwoch, 3. März 2021 11:42
An: _SEM-Vernehmlassung SBRE
Cc: Favre Sandrine SEM
Betreff: WG: Anpassung von Verordnungen und des BGIAA aufgrund der Übernahme von 3 SIS-Verordnungen der EU

Kategorien: Erledigt; zur Ablage; VNL Sandrine: SIS Verordnung

Von: Paul Tschümperlin <Paul.Tschuemperlin@bger.ch>

Gesendet: Mittwoch, 3. März 2021 11:41

An: sandrine.favre@se.admin.ch; Schaer Helena SEM <helena.schaer@sem.admin.ch>; Studer Ariane FEDPOL <ariane.studer@fedpol.admin.ch>; Rusterholz Simone FEDPOL <Simone.Rusterholz@fedpol.admin.ch>

Cc: _BVGER-behoerden <behoerden@bvger.admin.ch>; _BStGer-Info <Info@bstger.ch>; Anderhalden Susanne BPatGer <Susanne.Anderhalden@bpatger.ch>; Nicole Sandoz <Nicole.Sandoz@bger.ch>; Nathalie Rosset <Nathalie.Rosset@bger.ch>

Betreff: Anpassung von Verordnungen und des BGIAA aufgrund der Übernahme von 3 SIS-Verordnungen der EU

Sehr geehrte Damen

Wir teilen Ihnen mit, dass das Bundesgericht auf eine Stellungnahme zum Reformpaket zur sachlichen und technischen Weiterentwicklung des Schengener Informationssystems (SIS) verzichtet (Vernehmlassungsverfahren vom 13. Januar 2021).

Freundliche Grüsse

--

Dr. iur. Paul Tschümperlin

Generalsekretär



Schweizerisches Bundesgericht

Av. du Tribunal-Fédéral 29

CH-1000 Lausanne 14

Telefon: +41 (0)21 318 91 02

E-Mail: paul.tschuemperlin@bger.ch

003.1_2021



Die Präsidentenkonferenz

Postfach, 9023 St. Gallen
Telefon +41 58 465 27 27
Registratur-Nummer: 024.1
Geschäfts-Nummer: 2021-013

A-Post

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundeshaus West
3003 Bern

PDF- und Word-Version per E-Mail an:

Sandrine.favre@sem.admin.ch
Helena.schaer@sem.admin.ch
Ariane.studer@fedpol.admin.ch
Simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

St. Gallen, 30. März 2021 / rmh

Vernehmlassung: Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung vom 13. Januar 2021 zur Stellungnahme im oben erwähnten Vernehmlassungsverfahren danken wir Ihnen bestens. Wir haben den Entwurf mit Interesse zur Kenntnis genommen.

Das Bundesverwaltungsgericht nimmt Kenntnis von den eingangs erwähnten Übertrag der Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA.

Das Bundesverwaltungsgericht verzichtet auf eine Stellungnahme. Wir bitten Sie, bei der Auswertung der Vernehmlassung die Antwort des Bundesverwaltungsgerichts als Enthaltung und nicht als Zustimmung auszuweisen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

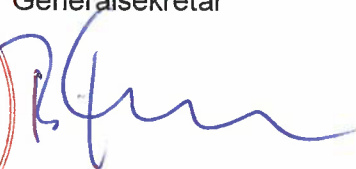
Der Vorsitzende der
Präsidentenkonferenz



David Weiss



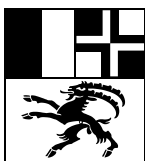
Der stellvertretende
Generalsekretär



Bernhard Fasel

Kopie an:

- Bundesgericht
- Bundesstrafgericht
- Bundespatentgericht



Sitzung vom
6. April 2021

Mitgeteilt den
7. April 2021

Protokoll Nr.
311/2021

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Per E-Mail (PDF und Word-Version) zustellen an:

sandrine.favre@sem.admin.ch, helena.schaer@sem.admin.ch,
ariane.studer@fedpol.admin.ch, simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

**Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der SIS-Verordnungen (EU)
Nr. 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-
Besitzstands) sowie zur Änderung des BGIAA**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Januar 2021 erhalten die Kantone Gelegenheit, sich zu erwähntem Geschäft zu äussern. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Die uns zugesandte Dokumentation haben wir geprüft. Die Regierung verzichtet auf eine Stellungnahme zu den Verordnungsanpassungen zur Umsetzung der EU-Verordnungen zum Schengener Informationssystem (EU) Nr. 2018/1860, 2018/1861

und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des Bundesgesetzes über das Informationssystem für den Ausländer- und den Asylbereich (BGIAA; SR 142.51).



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Mario Cavigelli

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Przybylo Aleksandra SEM

Von: Schaer Helena SEM
Gesendet: Freitag, 16. April 2021 08:15
An: _SEM-Vernehmlassung SBRE
Betreff: WG: Procédure de consultation: développements de l'acquis de Schengen, modifications d'ordonnances

Kategorien: Erledigt

Von: BIERI Pierre-Gabriel <pgebieri@centrepatronal.ch>
Gesendet: Donnerstag, 15. April 2021 18:48
An: Favre Sandrine SEM <Sandrine.Favre@sem.admin.ch>; Schaer Helena SEM <helena.schaer@sem.admin.ch>; Studer Ariane FEDPOL <ariane.studer@fedpol.admin.ch>; Rusterholz Simone FEDPOL <Simone.Rusterholz@fedpol.admin.ch>
Betreff: Procédure de consultation: développements de l'acquis de Schengen, modifications d'ordonnances

Mesdames,

Le Centre Patronal remercie le DFJP de l'avoir associé à la procédure de consultation relative aux développements de l'acquis Schengen (modifications d'ordonnances).
Après examen des documents mis en consultation, nous n'estimons pas nécessaire de prendre position sur ce dossier.

Avec nos salutations les meilleures.

Pierre-Gabriel Bieri
Responsable politique

T +41 58 796 33 00
D +41 58 796 33 70
M +41 79 285 14 19
pgebieri@centrepatronal.ch

Centre Patronal
Route du Lac 2
1094 Paudex
Case postale 1215
1001 Lausanne

www.centrepatronal.ch

